



Wirtschaft zeigt sich robuster als erwartet, aber weniger dynamisch als erhofft

DIHK-Konjunkturumfrage Frühsommer 2023

 **Gemeinsam Wirtschaft Stärken**

DIHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammer

IHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammern

Inhalt

Aktuelle Geschäftslage der Unternehmen	3
Geschäftserwartungen der Unternehmen	6
Aktuelle Finanzierungssituation der Unternehmen	10
Geschäftsrisiken für die kommenden 12 Monate	14
Exportserwartungen der Industrieunternehmen für die kommenden 12 Monate.....	17
Investitionsabsichten der Unternehmen für die kommenden 12 Monate.....	20
Beschäftigungsabsichten der Unternehmen für die kommenden 12 Monate.....	23
DIHK-Prognose für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.....	26

Impressum

Deutsche Industrie- und Handelskammer

Herausgeber und Copyright

© Deutsche Industrie- und Handelskammer

Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte

Telefon 030 20308-0 | Fax 030 20308-1000

DIHK Brüssel

Vertretung der Deutschen Industrie- und Handelskammer bei der Europäischen Union

19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles

Telefon : +32 2 286-1611 | Fax +32 2 286-1605

DIHK Online

[Homepage](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [LinkedIn](#) | [Instagram](#) | [Youtube](#)

Redaktion: Dr. Kathrin Andrae, Felix Bimezgane, Alena Kühlein, Dr. Stefan Hardege, Carolin Herweg, Dr. Niclas Wenz, Dr. Jupp Zenzen

Grafik: Friedemann Encke, Sebastian Titze, DIHK

Stand: Mai 2023

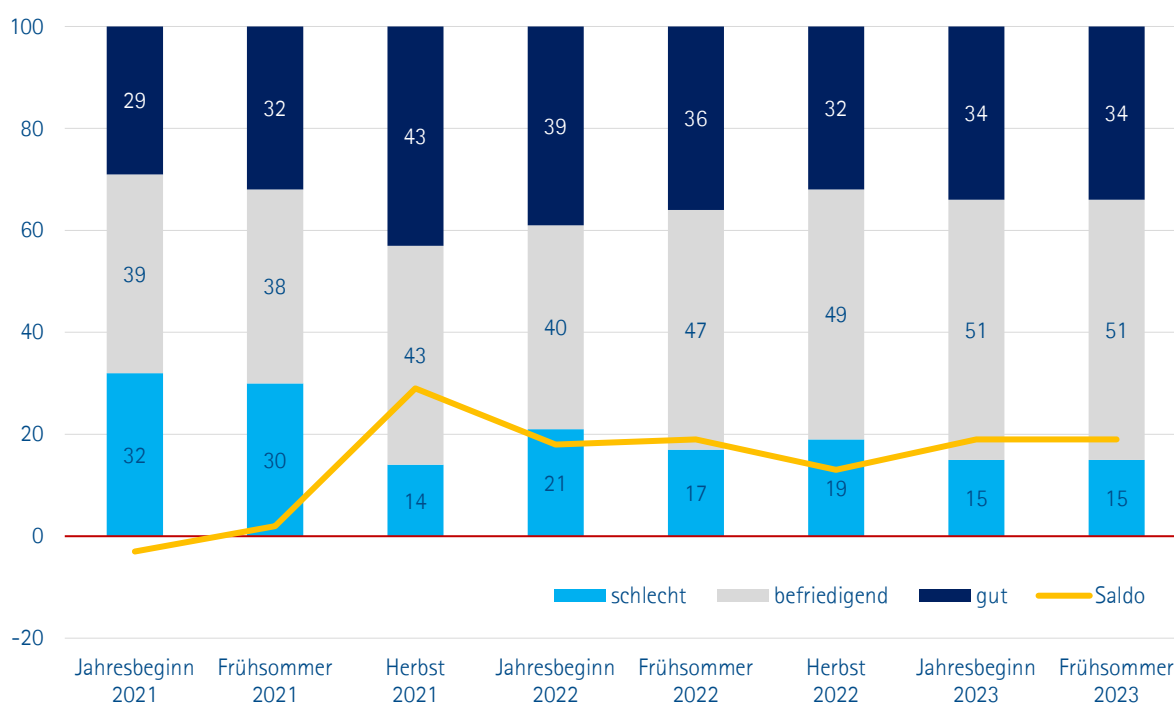
Weitere Ergebnisse, den Fragebogen sowie Hinweise zur Methodik der Umfrage finden Sie unter www.dihk.de/konjunktur

Aktuelle Geschäftslage der Unternehmen

Trotz eines insgesamt schwierigen Umfeldes zeigen sich die Unternehmen insgesamt als bemerkenswert widerstandsfähig. Bei den Lieferengpässen setzt eine spürbare Entspannung ein, auch wenn die Lieferkettenstörungen noch nicht voll überwunden sind. Die Energiepreise haben sich stabilisiert und sind zuletzt auf hohem Niveau rückläufig. Das lindert in einigen Branchen zumindest etwas den Problemdruck. Gleichwohl stellen die im Zuge der notwendigen Inflationsbekämpfung steigenden Zinsen, ein weiterhin hohes Niveau bei Energie- und Erzeugerpreisen und eine schleppende Weltkonjunktur für viele Betriebe eine große Herausforderung dar.

Insgesamt gelangen die Unternehmen zu einer gleichbleibend und damit weiterhin, unterdurchschnittlichen Lagebewertung. Die schwach positive Entwicklung des Jahresbeginns setzt sich damit nicht fort. Wie zu Jahresbeginn bewerten 34 Prozent der Unternehmen ihre Lage als „gut“. 51 Prozent schätzen ihre aktuelle geschäftliche Lage als „befriedigend“ ein. 15 Prozent der Betriebe bezeichnen ihre Lage als „schlecht“. Der resultierende Saldo aus „gut“- und „schlecht“-Antworten liegt damit gleichbleibend bei 19 Punkten und etwas unter dem langjährigen Schnitt von 21 Punkten.

Geschäftslage der Unternehmen – Anteile in Prozent, Saldo in Punkten



Veränderungen im Vergleich zum Jahresbeginn zeigen sich beim Blick in die Branchen: Besonders Unternehmen im **Handel** melden eine Lageverschlechterung. Nur noch gut ein Viertel der Händler (26 Prozent nach zuvor 30 Prozent) spricht von guten Geschäften, knapp ein Fünftel schätzt seine aktuelle Lage als „schlecht“ ein (19 Prozent nach zuvor 18 Prozent). Die Handelsunternehmen korrigieren ihre Lageeinschätzung von zuvor 12 Saldopunkten zu Jahresbeginn auf sieben Saldopunkte herunter. Besonders deutlich fällt die Eintrübung im Großhandel aus (Rückgang von zuvor 19 auf zehn Saldopunkte). Ursache dürfte vor allem der weiterhin hohe Kostendruck bei den Einkaufspreisen sein. Im Einzelhandel macht sich das eingetrübte Konsumklima bemerkbar. Ein Fünftel der Einzelhändler stuft ihre Lage als schlecht ein. Das gestiegene Preisniveau – insbesondere für Energie und Lebensmittel – belastet auch die verfügbaren Einkommen der Konsumenten, die sich daher bei anderen Gütern einschränken, zum Beispiel im Bekleidungsbereich. Konsumenten halten zudem Geld für etwaige Energie-Nachzahlungen zurück. Der Saldo im Einzelhandel sinkt von zuvor fünf auf vier Saldopunkte.

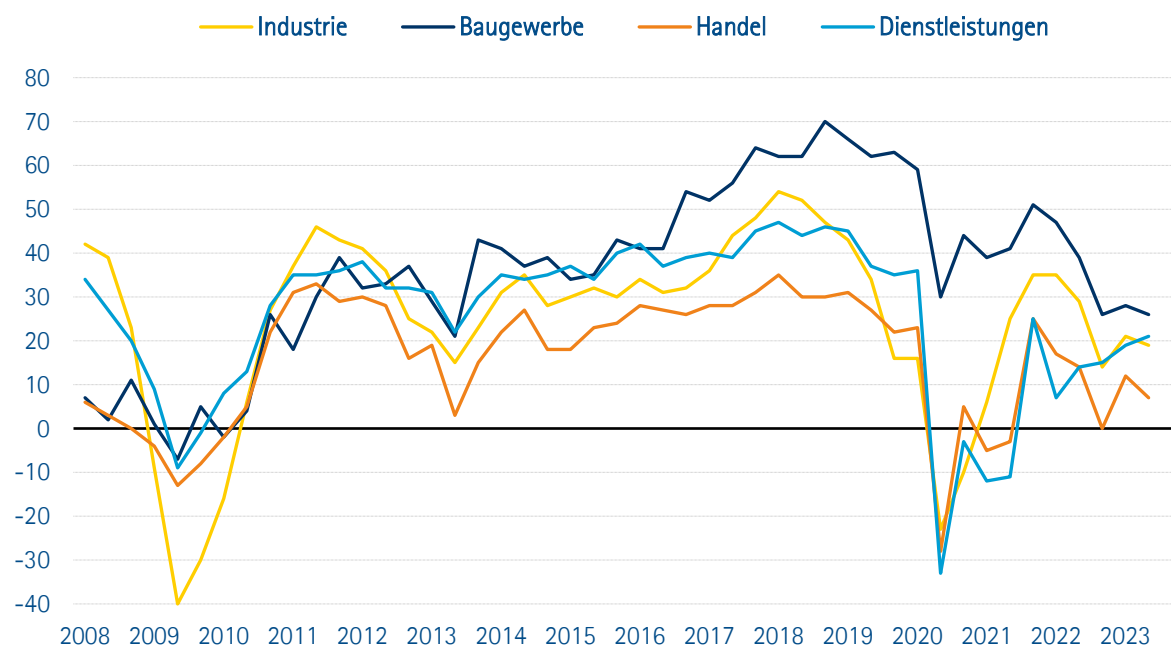
In der **Industrie** verschlechtert sich die Lageeinschätzung geringfügig. Zwar sind bereits Entspannung der Materialengpässe spürbar. Aber eine gebremste Weltkonjunktur gepaart mit steigenden Zinsen dämpfen auch die Geschäfte in der Industrie. Der Anteil der Unternehmen mit einer guten Lage sinkt geringfügig von 36 auf 35 Prozent. Der Anteil derjenigen mit negativer Bewertung steigt minimal um einen Prozentpunkt auf 16 Prozent. Die Industrieunternehmen korrigieren damit ihre Lageeinschätzung leicht von zuvor 21 Saldopunkten auf 19 Saldopunkte.

Die häufig energieintensiven **Vorleistungsgüterproduzenten** leiden noch immer unter dem nach wie vor hohen Niveau der Energiepreise. Ihre Geschäftslage verschlechtert sich von 15 auf zwölf Saldopunkte. Besonders deutlich ist der Rückgang in der Chemischen Industrie, hier fällt der Saldo sogar in den negativen Bereich auf minus drei Punkte (nach zuvor einem Saldopunkt). Noch angespannter ist die Lage im Papiergewerbe der Saldo fällt deutlich um 14 auf minus 19 Punkte.

Die **Investitionsgüterhersteller** bewerten ihre Lage etwas besser als zu Jahresbeginn, da Material- und Lieferengpässe zuletzt nachgelassen haben und bestehende Aufträge besser abgearbeitet werden können. Der Saldo der Lageeinschätzung steigt um zwei auf 35 Saldopunkte. Überdurchschnittlich gut schätzen dabei die Betriebe im Maschinenbau ihre aktuelle Lage ein, der Saldo steigt leicht um drei auf 39 Punkte. Keine weitere Aufhellung gibt es in der Automobilindustrie. Wie zu Jahresbeginn bewerten knapp neun von zehn Kraftfahrzeugbauer die aktuelle Lage als gut oder befriedigend (31 Prozent „gut“; 56 Prozent „befriedigend“). Der Saldo bleibt ggü. der Vorumfrage unverändert bei 18 Punkten und liegt damit jedoch unter dem langjährigen Durchschnitt von 24 Punkten.

Bei den **Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten** machen sich die Folgen des schwachen Konsumklimas bemerkbar. Der Saldo der Geschäftslage sinkt um drei Punkte auf fünf Saldopunkt. Besonders stark fällt die Eintrübung z.B. im Bekleidungsbranche aus, hier sinkt der Saldo um zehn auf einen Punkt. Hingegen laufen die Geschäfte in der Pharmazeutischen Industrie wieder besser als zu Jahresbeginn. Der Saldo der Lagebewertung steigt von 29 auf 34 Punkte, was auch dem langjährigen Durchschnitt entspricht.

Geschäftslage der Unternehmen – Saldo in Punkten



Saldo aus gut- und schlecht-Bewertungen

Im **Dienstleistungssektor** hellen sich die Geschäfte etwas auf. Über ein Drittel der Unternehmen (35 Prozent nach zuvor 34 Prozent) bewerten ihre aktuelle Lage als „gut“, 14 Prozent (nach zuvor 15 Prozent) als „schlecht“. Der Saldo steigt um zwei auf 21 Punkte. Die positive Entwicklung ist besonders auf die überwiegend personenbezogenen Dienstleistungen zurückzuführen. Die Branche zehrt von Post-Pandemie Nachholeffekten. Ein Drittel der Personendienstleister berichtet von einer guten Lage, wohingegen 16 Prozent eine Verschlechterung der Lage verzeichnen. Der Saldo steigt kräftig um elf auf 18 Punkte. Das Vor-Pandemieniveau (Jahresbeginn 2020: 31 Saldopunkte) ist dennoch in weiter Ferne. Das gilt auch für die Gastronomie (zwölf nach zuvor sechs Saldopunkte) und Beherbergungsbetriebe (acht nach zuvor einem Saldopunkt). Auch hier bleibt die Lage eingetrübt und weiterhin hinter der Vor-Corona Messlatte zurück. Dennoch ist in beiden Branchen ein leicht positiver Trend bei der Beurteilung der Geschäftslage zu erkennen. Sehr zufrieden mit der aktuellen Buchungslage zeigt sich die Reisevermittlung mit einem Anstieg um 21 Punkte auf einen Saldo von 36. Die Sorge der Verbraucher vor weiterhin steigenden Preisen, führte etwa zu einer hohen Nachfrage bei den Frühbucherangeboten im ersten Quartal.

Die unternehmensnahen Dienstleister geben ein unverändertes Bild ab. Ihre Lageeinschätzung liegt weiterhin bei 33 Saldopunkten. 39 Prozent der Dienstleister aus dem Bereich Forschung und Entwicklung berichten von einer guten Lage, das sind acht Prozentpunkte mehr als zu Jahresbeginn. Lediglich zehn Prozent (nach zuvor neun Prozent) klagen über schlechte Geschäfte (Saldo von 29 nach zuvor 22 Punkten). Auch IT-Dienstleistungen sind weiterhin hoch gefragt (Saldo 44 nach zuvor 38 Punkten).

Verschlechtert hat sich die Lage bei Unternehmen aus dem Bereich Verkehr und Lagerei. Der Saldo fällt im Vergleich zur Vorumfrage um drei auf vier Punkte und liegt deutlich niedriger als in anderen Zweigen des Dienstleistungssektors. Die Branche ist weiterhin von Problemen der Verkehrsinfrastruktur, hohen Kraftstoffpreisen und Personalengpässen, insbesondere dem Mangel an Berufskraftfahrern gezeichnet. Die Verkehrsdienstleister bewerten ihre Lage zwar noch überwiegend positiv, jedoch hat sich das Bild im Vergleich zum Jahresbeginn eingetrübt. (zwei Saldopunkte nach zuvor 12 Saldopunkte). Von guten Geschäften berichten auch die Unternehmen aus der Lagerei (27 Saldopunkte nach zuvor 11 Saldopunkte). Als Reaktion auf Lieferkettenstörungen setzen Unternehmen verstärkt auf die Lagerung sowohl von Vorprodukten als auch von Fertigerzeugnissen. Sie federn damit das Risiko von Produktionsausfällen und mangelnder Lieferfähigkeit ab.

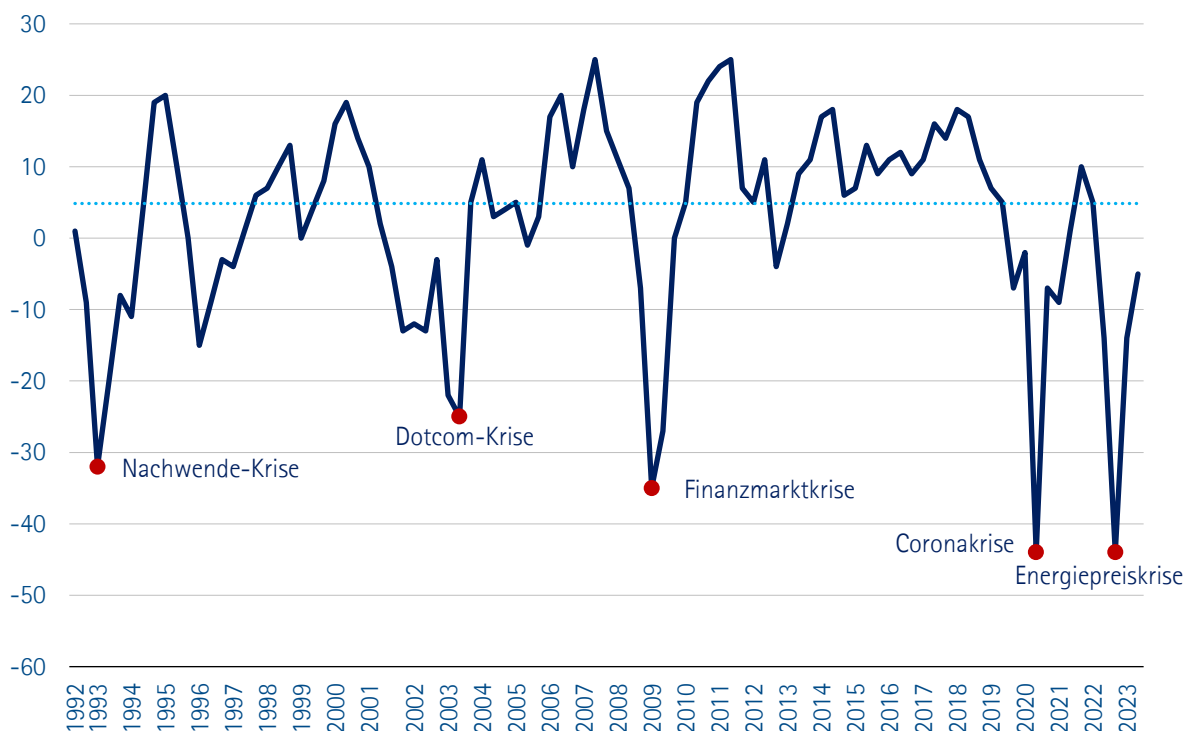
Im **Baugewerbe** ist die Lage trotz Engpässen, hohen Materialpreisen und stark gestiegenen Bauzinsen noch überwiegend gut. Die Unternehmen zehren insbesondere noch von ihren Auftragsbeständen. 39 Prozent der Unternehmen (nach zuvor 40 Prozent) bewerten ihre Lage positiv, nur 13 Prozent (nach zuvor zwölf Prozent) negativ, der Saldo der Geschäftslage sinkt nur geringfügig um zwei auf 26 Punkte und liegt damit knapp über dem langjährigen Durchschnitt (25 Punkte). Vor allem das Ausbaugewerbe, deren Aufgabengebiet unter anderem die energetische Sanierung und die Installation von smarten, vernetzten Anwendungen in Gebäuden umfasst, verzeichnet „Konjunktur“ (39 nach zuvor 38 Saldopunkten). Auch im Tiefbau (30 Saldopunkte) fällt die Lage weiterhin gut aus. Im Hochbau hingegen trübt sich die Lage deutlich ein. Hier fällt der Saldo von zuvor 21 auf nun 14 Saldopunkte. Vor allem gestiegene Zinsen und hohe Materialkosten führen dazu, dass Neuaufträge einbrechen bzw. mehr Stornierungen vorgenommen werden.

Geschäftserwartungen der Unternehmen

Der Blick auf die nächsten Monate hellt sich im Frühsommer zwar auf. Die Energiepreise haben sich stabilisiert und sind zuletzt wieder gesunken. Zudem tritt eine spürbare Entspannung bei den Lieferketten ein. Das wirkt sich auch stabilisierend auf die Geschäftserwartungen der Unternehmen aus. Grund für einen überschwänglichen Optimismus gibt es jedoch nicht. Die Betriebe sehen sich weiterhin immensen Herausforderung gegenüber, die letztlich noch nicht gelöst sind: ein weiterhin hohes Niveau bei Energiepreisen, steigende Zinsen infolge der Inflation, eine gebremste weltweite Nachfrage, Fachkräftemangel, lange Planungsverfahren – und der Krieg in der Ukraine sowie darüber hinausgehende geopolitische Spannungen.

Bei den Geschäftsaussichten überwiegen daher weiterhin die Pessimisten die Optimisten. Knapp ein Viertel der Unternehmen (23 Prozent nach zuvor 30 Prozent) geht davon aus, dass sich ihr Geschäft in den nächsten zwölf Monaten verschlechtern wird. 18 Prozent (nach zuvor 16 Prozent) rechnen mit besseren Geschäften in diesem Jahr. Im Saldo steigen die Geschäftserwartungen damit um neun Punkte auf minus fünf Punkte. Das ist immer noch im negativen Bereich und deutlich unter dem langjährigen Schnitt von fünf Punkten. In der Industrie und bei den Dienstleistern sind dabei die Aussichten deutlich weniger trübe als im Handel und im Baugewerbe.

Geschäftserwartungen der Unternehmen – Saldo in Punkten



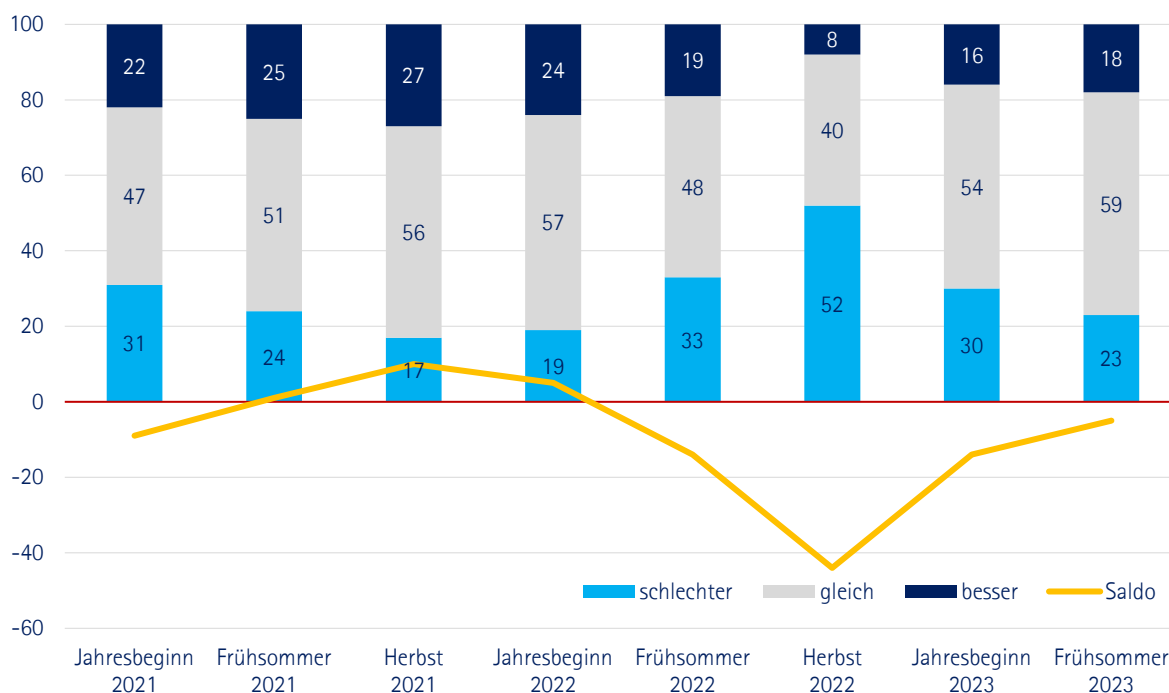
Abnehmende Materialengpässe, bestehende Auftragspolster, sowie wieder gesunkene Energiepreise hellen die Erwartungen in der **Industrie** etwas auf. Gleichzeitig sind aber die Energie- und Rohstoffpreise weiterhin auf einem hohen Niveau. Zudem werden für die Industrie die Themen Fachkräftemangel oder Arbeitskosten zunehmend zur Belastung. Beide Geschäftsrisiken klettern auf neue Höchststände (63 Prozent bzw. 56 Prozent). Die Industriebetriebe rechnen daher nur mit einer leichten Verbesserung ihrer Geschäfte. So nimmt die Zahl der Pessimisten ab. Nur noch knapp ein Viertel der Unternehmen (23 Prozent nach zuvor 29 Prozent) hat negative Aussichten. Der Anteil der Industrieunternehmen mit positiven Erwartungen bleibt hingegen unverändert bei 17 Prozent. Der Saldo steigt damit um sechs auf minus sechs Punkte.

Von den drei industriellen Hauptgruppen ist die Stimmung bei den Herstellern von **Investitionsgütern** noch am besten. Nach wie vor verfügen viele Unternehmen hier über hohe Auftragspolster, die sie Dank der Entspannung

der Lieferketten leichter abarbeiten können. Jedoch schwächeln die Neuaufträge. Die Zahl der Optimisten überwiegt daher nur knapp die Pessimisten. Über ein Fünftel der Investitionsgüterproduzenten geht von einer Lageverbesserung aus (gleichbleibend 21 Prozent), weniger als ein Fünftel (19 Prozent nach zuvor 22 Prozent) rechnen mit einer Verschlechterung. Der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen steigt geringfügig von minus einem auf zwei Punkte. Überdurchschnittlich hoch fällt dabei der Saldo in der Medizintechnik (Saldo von 14 nach zuvor elf Punkten) und im Werkzeugmaschinenbau (Saldo von zwölf nach zuvor sieben Punkten) aus. Hingegen haben die Geschäftserwartungen im Kraftfahrzeugbau einen leichten Dämpfer erhalten. Der Saldo sinkt von sieben auf drei Punkte.

Die häufig energieintensiven **Vorleistungsgüterhersteller** wurden den im Zuge der Energiepreiskrise stark gestiegenen Preise für Gas, Öl und Strom besonders hart getroffen. Angesichts der zuletzt wieder gesunkenen Energiepreise haben sich die Erwartungen zwar wieder aufgehellt. Allerdings ist das liegt Preisniveau noch deutlich über dem Vorkrisenniveau und ist auch im kommenden Winter eine schwierige Versorgungslage nicht ausgeschlossen. Deswegen Blicken die Vorleistungsgüterhersteller immer noch überwiegend sorgenvoll in die Zukunft. Über ein Viertel der Unternehmen (27 Prozent nach zuvor 33 Prozent) rechnet in den kommenden zwölf Monaten mit einer Verschlechterung der Geschäftslage, nur 17 Prozent (nach zuvor 15 Prozent) gehen von einer Verbesserung aus. Der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen steigt um acht auf minus zehn Punkte. Überdurchschnittlich scheiden dabei das Papiergewerbe (Saldo von einem nach zuvor minus 21 Punkten) und die Chemische Industrie (Saldo von minus einem nach zuvor minus 14 Punkten) ab, positive und negative Erwartungen sind nahezu ausgeglichen. Verschlechtert haben sich angesichts der noch immer hohen Kosten und der geringeren Nachfrage aus dem Baubereich die Aussichten in der Metallerzeugung- und -bearbeitung (Saldo von minus 15 nach zuvor minus elf Punkten). Trotz geringfügiger Aufhellung weiterhin sehr düstere Erwartungen haben die Unternehmen aus dem Bereich Glas, Keramik, Steineverarbeitung (Saldo von minus 35 nach zuvor minus 37 Punkte), Unternehmen im Bereich Gewinnung von Steinen und Erden, Bergbau (Saldo von minus 35 nach zuvor 43 Punkten) sowie das Holzgewerbe (Saldo von minus 21 nach zuvor minus 41 Punkten).

Geschäftserwartungen der Unternehmen – Anteile in Prozent, Saldo in Punkten

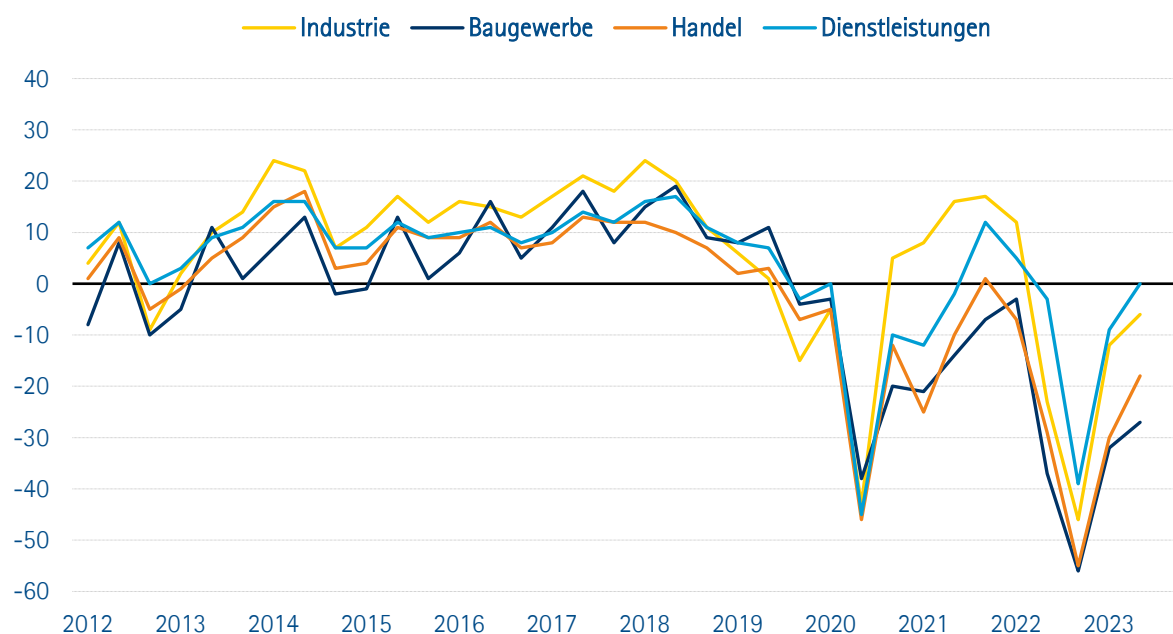


Bei den Herstellern von **Ge- und Verbrauchsgütern** haben sich die Erwartungen weiter erholt. Die schwache Konsumnachfrage und wachsende Sorgen bei Arbeitskosten und Fachkräftemangel sind aber immer noch eine Belastung für das Geschäft. Noch über ein Fünftel der Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten (21 Prozent nach zuvor 32 Prozent) blickt pessimistisch in die Zukunft, nur 16 Prozent (nach zuvor 15 Prozent) geht von einer Verbesserung des Geschäfts in den kommenden zwölf Monaten aus. Damit steigt der Saldo der Geschäftserwartungen

von minus 17 auf minus fünf Punkte. Positiv heraus sticht dabei die Pharmazeutische Industrie. Hier überwiegen die Optimisten wieder die Pessimisten, der Saldo der Geschäftserwartungen von null auf fünf Punkte gestiegen. Unterdurchschnittlich sind hingegen angesichts des weiterhin hohen Erzeugerpreiseniveaus für landwirtschaftliche Produkte die Aussichten in der Nahrungs- und Futtermittelindustrie (Saldo von minus zwölf nach zuvor minus 24 Punkte).

Das **Baugewerbe** fürchtet einen Einbruch. Steigende Bauzinsen und wegbrechende Neuaufträge drücken die Geschäftserwartungen. Hinzu kommen der Fachkräftemangel und die Sorge vor steigenden Arbeitskosten. Immerhin führen abnehmende Materialengpässe wieder zu sinkenden Preisen von Baumaterialien, wobei ein Vorkrisenniveau noch nicht erreicht ist. Zudem hellt sich saisonal bedingt im Frühsommer die Stimmung meist etwas auf. Das führt zu einer geringfügigen Verbesserung der insgesamt düsteren Geschäftserwartungen. Nur jedes zwölfte Unternehmen rechnet in den kommenden zwölf Monaten mit besseren Geschäften (acht Prozent nach sieben Prozent in der Vorumfrage). Über ein Drittel geht von einer Verschlechterung aus (35 Prozent nach zuvor 39 Prozent). Der Saldo der Erwartungen steigt damit von minus 32 auf minus 27 Punkte und bleibt weit im negativen Bereich und deutlich unter dem langjährigen Schnitt (minus sechs). Anhaltend hohe Auftragsstornierungen beim Wohnungsbau lassen insbesondere den Hochbau pessimistisch in die Zukunft blicken der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen steigt lediglich auf minus 36 Punkte (nach zuvor minus 41 Punkte). Stärker hellen sich – auch saisonal bedingt – die Perspektiven der Unternehmen im Tiefbau auf. Dort steigt der Saldo um 18 auf minus 20 Punkte. Leichte verbesserte Erwartungen melden auch die Betriebe im Ausbaugewerbe. Hier kompensiert die Aussicht auf Aufträge im Bereich der Gebäudesanierung und der Energieeffizienz ein wenig das zinsbedingt schlechte Bauklima. Der Saldo steigt von minus 21 Punkte auf minus 17 Punkte.

Geschäftserwartungen der Unternehmen – Saldo in Punkten



Saldo aus besser- und schlechter-Bewertungen

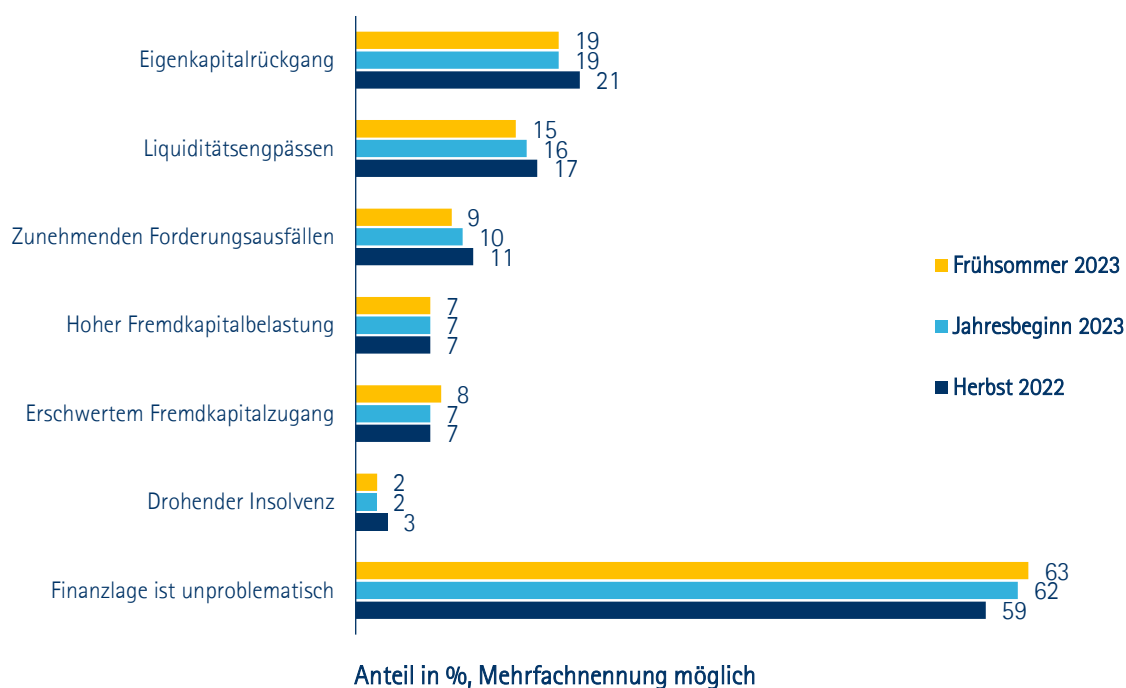
Im **Handel** erholen sich die Geschäftserwartungen im Vergleich zum Jahresbeginn nur leicht und bleiben insgesamt pessimistisch. Zwar hat auch bei den Händlern der Druck von steigenden Energie- und Rohstoffpreisen etwas abgenommen. Jedoch bereiten die Arbeitskosten im Handel zunehmend Kopfzerbrechen und auch der Fachkräftemangel bleibt eine Herausforderung. Zudem fürchtet die Branche eine Kaufzurückhaltung aufgrund der weiterhin hohen Inflationsraten. Nur jedes siebte Handelsunternehmen blickt optimistisch in die Zukunft (14 Prozent nach zuvor elf Prozent). Zwei Drittel (32 Prozent nach zuvor 41 Prozent) rechnen mit einer Verschlechterung ihrer Geschäfte. Der Saldo der Geschäftserwartungen steigt damit lediglich von minus 30 Punkte auf minus 18 Punkte. Die Unterschiede zwischen Groß- oder Einzelhändlern sind dabei gering (Einzelhandel: Saldo von minus 18 nach zuvor minus 30 Punkte; Großhandel: Saldo von minus 16 nach zuvor minus 27 Punkte).

Im **Dienstleistungssektor** hellen sich die Geschäftserwartungen für kommenden zwölf Monaten weiter auf. Der Anteil der Pessimisten geht von 27 Prozent auf 20 Prozent zurück. Der Anteil der Optimisten steigt geringfügig um einen Prozentpunkt auf ebenfalls 20 Prozent. Der Saldo verbessert sich damit um neun auf nunmehr null Punkte. Allerdings schätzen die Unternehmen im Dienstleistungssektor ihre Aussichten sehr unterschiedlich ein. Bei den überwiegend unternehmensbezogenen Dienstleistern sowie in der Finanz- und Versicherungswirtschaft überwiegen wieder die Optimisten – hier spiegelt sich auch das veränderte Zinsumfeld. Bei den überwiegend unternehmensbezogenen Dienstleistern steigt der Saldo um fünf auf fünf Punkte, in der Finanz- und Versicherungsbranche sogar um zwölf auf neun Punkte. Im Gastgewerbe setzt sich die Aufhellung der Geschäftserwartungen fort. Trotz großer Herausforderungen wie den Arbeitskosten, dem Fachkräftemangel und den noch immer hohen Energie- und Rohstoffpreisen überwiegen nun die Optimisten (26 Prozent nach zuvor 17 Prozent) die Pessimisten (21 Prozent nach zuvor 30 Prozent). Der Saldo steigt um 18 auf fünf Punkte. Im Bereich Verkehr und Lagerei sorgen hohe Kraftstoffpreise und ein Mangel qualifizierten Arbeitskräften für anhaltend düstere Aussichten. Der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen steigt lediglich auf minus 16 Punkte (nach zuvor minus 27 Punkten). Das liegt deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt von minus fünf Punkten. Weiterhin sehr schlecht bleibt die Stimmung in der Immobilienwirtschaft: Zwei von fünf Unternehmen sehen ihre Finanzierung aufgrund der hohen Zinsen besonders beeinträchtigt (39 Prozent nach 11 Prozent im Vorjahr). Zudem dämpfen die düsteren Aussichten für den Wohnungsbau die Erwartungen im Immobilienbereich. Der Saldo der Geschäftserwartungen steigt lediglich von minus 23 auf minus 17 Punkte.

Aktuelle Finanzierungssituation der Unternehmen

Eine schwere Rezession konnte im Winter erfreulicherweise vermieden werden. Auch die Energiepreise sind zuletzt wieder rückläufig. Das führt bei den Unternehmen zu einer leichten Entspannung in der Finanzlage. Gleichwohl steigt das Risiko einer erschwerten Finanzierung vor allem über Bankkredite an. Weiterhin stufen zwei von fünf Betrieben (37 Prozent) ihre gesamte Finanzlage als problematisch ein, im Vergleich zum Jahresbeginn hat sich die Situation damit nur geringfügig gebessert (Jahresbeginn 2023: 38 Prozent). Im Vordergrund steht nach wie vor der Eigenkapitalrückgang (19 Prozent). Der Anteil von Unternehmen, die von Liquiditätsengpässen berichten, ist mit 15 nach zuvor 16 Prozent weiterhin bedeutend. In der Breite der Wirtschaft führt der leichte Rückgang bei den Liquiditätsengpässen auch zu einer leichten Abnahme der Unternehmen, die sich Forderungsausfällen gegenübersehen (neun nach zuvor zehn Prozent). Unverändert bleibt im Vergleich zu Jahresbeginn mit sieben Prozent der Anteil der Betriebe, deren Bilanzen bereits durch eine hohe Verschuldung belastet sind.

Die aktuelle Finanzlage der Unternehmen ist geprägt von ...



Je kleiner das Unternehmen, desto kritischer stellt sich die Finanzlage dar. Über eine problematische Finanzlage berichten 43 Prozent der kleinen Unternehmen mit bis zu 19 Beschäftigten im Vergleich zu nur 22 Prozent der Großunternehmen ab 1.000 Beschäftigten. Vor allem der Eigenkapitalrückgang (gleichbleibend 24 Prozent) und Liquiditätsengpässe (17 Prozent nach zuvor 18 Prozent) sind für die kleinen Unternehmen weiterhin eine Herausforderung.

Ein Blick in die einzelnen **Wirtschaftszweige** zeigt, dass in der **Industrie** trotz gesunkener Energiepreise, abnehmender Materialengpässe und teilweise noch überdurchschnittlicher Auftragsbestände der Anteil der Betriebe mit einer problematischen Finanzlage nur leicht von 36 Prozent auf 33 Prozent zurückgeht. Der Anteil der Unternehmen, die von Liquiditätsengpässen (14 nach zuvor 17 Prozent) und von einem Eigenkapitalrückgang (14 nach zuvor 15 Prozent zu Jahresbeginn 2023) berichten, sinkt ebenfalls nur leicht.

Am deutlichsten hat sich die Lage bei den **Investitionsgüterherstellern** aufgehellt (29 statt zuvor 34 Prozent), die dank der verbesserten Lieferkette ihre immer noch gut gefüllten Auftragsbücher abarbeiten können. In industriellen Kernbranchen wie dem Maschinenbau (28 nach zuvor 34 Prozent), in der Elektrotechnik (28 nach zuvor 35 Prozent), bei den Herstellern von elektrischen Ausrüstungen (30 nach zuvor 36 Prozent), aber auch in der Medizintechnik (24 nach zuvor 31 Prozent) berichten zum Teil deutlich weniger Unternehmen als zu Jahresbeginn von einer problematischen Finanzlage.

Die aktuelle Finanzlage der Unternehmen ist geprägt von ...

Auswertung nach Unternehmensgrößenklasse, Angaben in Prozent, Mehrfachnennung möglich

	1-19 Beschäftigte	20-199 Beschäftigte	200-999 Beschäftigte	ab 1000 Beschäftigte	alle Klassen
Liquiditätsengpässe	17	14	11	9	15
Drohende Insolvenz	3	1	0	1	2
Eigenkapitalrückgang	24	15	10	8	19
Erschwerter Fremdkapitalzugang	8	7	8	6	8
Hohe Fremdkapitalbelastung	6	8	8	6	7
Zunehmende Forderungsausfälle	9	9	6	6	9
Unsere Finanzlage ist unproblematisch	57	66	74	78	63

Die aktuelle Finanzlage der Unternehmen ist geprägt von ...

Auswertung nach Branche, Angaben in Prozent, Mehrfachnennung möglich

	Industrie	Bau	Handel	Dienstleister	alle Branchen
Liquiditätsengpässe	16	13	15	15	15
Drohende Insolvenz	1	1	2	2	2
Eigenkapitalrückgang	14	18	19	21	19
Erschwerter Fremdkapitalzugang	8	8	7	8	8
Hohe Fremdkapitalbelastung	7	7	8	6	7
Zunehmende Forderungsausfälle	7	11	11	9	9
Unsere Finanzlage ist unproblematisch	67	66	61	61	63

Die Vorleistungsgüterhersteller bewegen sich im Industriedurchschnitt (33 statt zuvor 36 Prozent mit einer problematischen Finanzlage). Energieintensive **Vorleistungsgüterproduzenten** wie Unternehmen der Glas-, Keramik und Steineverarbeitung sehen sich jedoch einem erschwerten Zugang zu Krediten gegenüber (sieben nach zuvor einem Prozent).

Entgegen dem Trend hat sich die Finanzlage bei den **Ge- und Verbrauchsgüterherstellern** leicht verschlechtert (40 nach zuvor 39 Prozent). Besonders bei den energieintensiven Unternehmen aus dem Druckgewerbe sowie der Nahrungs- und Futtermittelindustrie, die weiterhin mit deutlich höheren Energiepreisen zurechtkommen müssen, ist die Situation wieder etwas angespannter. Der Anteil der Unternehmen mit einer problematischen Finanzlage steigt von 43 auf 51 Prozent bzw. von 40 auf 42 Prozent. Bei den Gebrauchsgüterproduzenten hat sich der Anteil der Unternehmen mit Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Krediten von vier auf sieben Prozent nahezu verdoppelt.

Die Gesamtbewertung der Finanzlage im **Baugewerbe** ist im Vergleich zu Jahresbeginn 2023 unverändert: 34 Prozent der Unternehmen berichten über eine problematische Finanzlage. Größte Sorgen bereiten den Baubetrieben der Eigenkapitalrückgang (18 Prozent nach 16 Prozent) und Liquiditätsengpässe (gleichbleibend 13 Prozent). Wegen einer stabileren Auftragslage, z.B. durch Aufträge der öffentlichen Hand oder von Versorgungsunternehmen, um die Infrastruktur zu erneuern, kommen die Betriebe im Tiefbaugewerbe zu einer etwas besseren Bewertung der Finanzlage (Probleme bei 31 Prozent der Unternehmen) als Hochbaubetriebe (Probleme bei 37 Prozent der Unternehmen).

Im **Handel** ist der Anteil der Unternehmen mit einer angespannten Finanzlage gegenüber dem Jahresbeginn 2023 mit 39 Prozent unverändert hoch. Hohe Niveaus bei Energiepreisen und der weiter hohen Preisdynamik auf der einen Seite sowie Arbeitskräftemangel und steigende Arbeitskosten auf der einen Seite in Verbindung mit einer Kaufzurückhaltung seitens der Kunden hinterlassen ihre Spuren in den Bilanzen. Stärker als andere Branchen ist

der Handel bereits von steigenden Zinsen und Forderungen nach einer stärkeren Besicherung seiner Kredite betroffen.

Nahezu jedes fünfte Handelsunternehmen (19 Prozent nach 20 Prozent zu Jahresbeginn 2023) sieht sich schwindendem Eigenkapital gegenüber. Der Anteil der Unternehmen, die über Liquiditätsengpässe berichten, ist leicht von 16 auf 15 Prozent gesunken. Im Großhandel und bei den Handelsvermittlern sieht die Finanzlage etwas besser als bei den Einzelhändlern aus. Im Einzelhandel, der ein verändertes Verbraucherverhalten aufgrund der weiterhin hohen Inflation stärker spürt, sehen sich 19 Prozent der Unternehmen (nach zuvor 20 Prozent) Liquiditätsengpässen und 26 Prozent der Unternehmen (nach zuvor 28 Prozent) einem Eigenkapitalrückgang gegenüber.

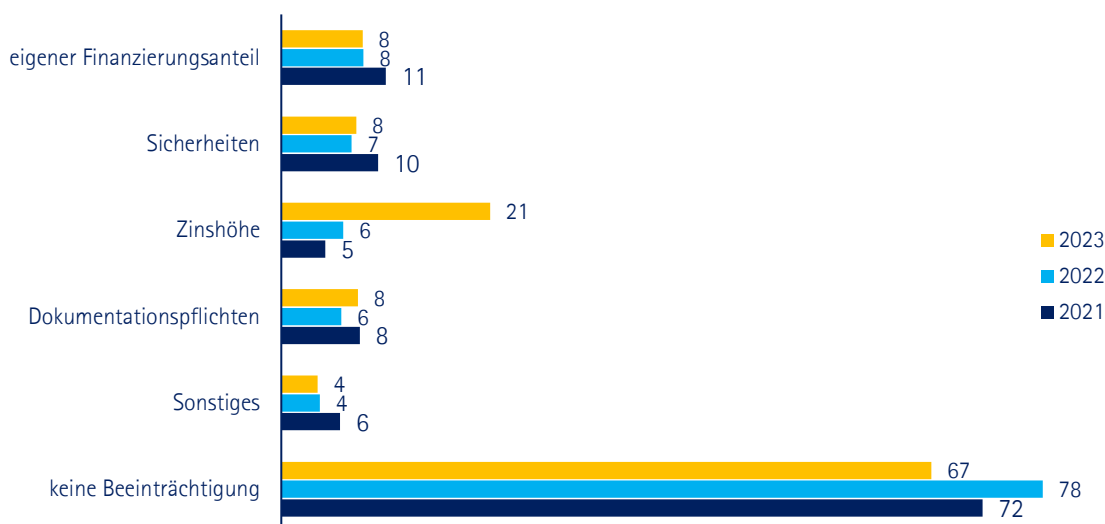
Die Finanzlage der überwiegend kleinen und mittelgroßen **Dienstleister** verbessert sich nur minimal. 39 Prozent (nach zuvor 40 Prozent) berichten von Problemen. Große Unterschiede bestehen zwischen überwiegend unternehmensbezogenen (33 Prozent) und überwiegend personenbezogenen Dienstleistern (45 Prozent). Die überwiegend kleinen und mittleren Unternehmen dort haben eine anfälligeren Finanzierungsstruktur. Sie wurden nicht nur von den Lockdowns während der Corona-Pandemie und der damit verbundenen Abwanderung von Arbeitskräften in andere Branchen getroffen, sondern auch von den im Zuge des Krieges gestiegenen Energiepreisen und der hohen Inflation. Während im Vergleich zu Jahresbeginn der Anteil der Unternehmen, der über Liquiditätsengpässe berichtet, leicht von 21 auf 18 Prozent zurückgegangen ist, bleibt der Anteil der Unternehmen mit rückläufigem Eigenkapital bei 26 Prozent unverändert hoch.

Noch angespannter bleibt die Situation im **Gastgewerbe**: Hohe Preise für Energie- und Vorprodukte, Arbeitskräftemangel, hohe Inflation und eine daraus resultierende Verbraucherzurückhaltung führen dazu, dass 37 Prozent (nach zuvor 38 Prozent) der Betriebe ein schwindendes Eigenkapital verzeichnen und 18 Prozent (nach zuvor 21 Prozent) über Liquiditätsengpässe berichten. Insgesamt sieht immer noch mehr als die Hälfte der Betriebe (53 Prozent nach zuvor 57 Prozent) die Finanzlage als problematisch an.

Schwierigkeiten bei der Fremdkapitalbeschaffung nehmen zu

Die von der DIHK im Frühsommer jedes Jahres vorgenommene detailliertere Befragung zu **Herausforderungen bei der Fremdkapitalbeschaffung** zeigt, dass deutlich mehr Unternehmen als im Vorjahr hier vor Problemen stehen. Der Anteil der Unternehmen, die von einer besonderen Beeinträchtigung ihrer Finanzierung berichten, ist im Vergleich zum Vorjahr deutlich von 22 Prozent auf 33 Prozent gestiegen.

Für Unternehmen, deren Finanzierung derzeit in besonderem Maße beeinträchtigt ist, spielen folgende Aspekte eine Rolle (Angaben in Prozent, Mehrfachnennung möglich)



Ausschlaggebend für diese Neubewertung des Fremdfinanzierungszugangs sind die steigenden Zinsen. Zum einen verteuert sich dadurch die Refinanzierung bestehender Kredite, zum anderen kosten neue, kreditfinanzierte

Betriebsmittel und Investitionen mehr. Es ist zu befürchten, dass Investitionsvorhaben teilweise unrentabel werden und damit ganz unterbleiben: 36 Prozent der Unternehmen, deren Finanzierung von den hohen Zinsen besonders beeinträchtigt ist, beabsichtigen ihre Investitionen zu reduzieren. Bei allen anderen Unternehmen sind es knapp ein Viertel (24 Prozent).

Die Zinshöhe wird mittlerweile von 21 Prozent der Unternehmen als problematisch angesehen. Im Frühsommer 2022 war dies nur bei sechs Prozent der Betriebe der Fall. Diese Einschätzung zieht sich durch alle Wirtschaftszweige und alle Unternehmensgrößen. Über besonders hohe Belastungen durch steigende Zinsen berichten vor allem Unternehmen aus der Immobilienwirtschaft (39 Prozent nach zuvor 11 Prozent), aus dem Bereich Verkehr und Lagerei (31 Prozent nach zuvor acht Prozent), davon insbesondere der Straßengüterverkehr (38 Prozent nach zuvor zehn Prozent), aber auch der Kraftfahrzeugbau (35 Prozent nach zuvor 3 Prozent) oder Betriebe der Metallherzeugung und -bearbeitung (28 Prozent nach zuvor fünf Prozent).

Für Unternehmen, deren Finanzierung derzeit in besonderem Maße beeinträchtigt ist, spielen folgende Aspekte eine Rolle Angaben in Prozent, Mehrfachnennung möglich

	Industrie	Bau	Handel	Dienstleister	alle Branchen
Zinshöhe	22	25	22	21	21
Sicherheiten	8	8	8	7	8
Dokumentationspflichten	7	9	8	8	8
eigener Finanzierungsanteil	6	7	8	10	8
Sonstiges	3	3	3	4	4
keine Beeinträchtigung	68	66	66	66	67

Geschäftsrisiken für die kommenden 12 Monate

Die langfristigen, strukturellen Herausforderungen für die Wirtschaft rücken in den Fokus der Unternehmen. Obwohl der Krieg in der Ukraine andauert, die geopolitische Lage ungewiss bleibt und auch die Weltkonjunktur schwächelt, treten die konjunkturellen Geschäftsrisiken für die Unternehmen etwas in den Hintergrund.

Die Energiepreisbremsen und ein milder Winter haben zu einer Beruhigung auf den Energiemärkten beigetragen. Aktuell sind die Preise für Gas und Strom auf den Terminmärkten deutlich niedriger als noch zu Ende 2022. Auf den kurzfristigen Märkten sind sie sogar zum Teil auf ein Vorkrisenniveau gefallen. Dennoch ist in der langfristigen Preisperspektive von einem höheren Niveau auszugehen. Die Versorgungslage bleibt weiterhin unsicher, insbesondere mit Blick auf den nächsten Winter. Das spiegelt sich auch in den Geschäftsrisiken der Unternehmen wider. Insgesamt bleiben **Energie- und Rohstoffpreise** das am häufigsten genannten Geschäftsrisiko. Allerdings hat der Druck im Vergleich zur Vorumfrage über alle Sektoren hinweg nachgelassen (65 Prozent nach zuvor 72 Prozent).

In der Industrie insgesamt ist die Bewertung rückläufig (76 Prozent nach zuvor 85 Prozent). Gleichwohl sind nach wie vor für über vier von fünf energieintensive Vorleistungsgüterhersteller Energie- und Rohstoffpreise das Risiko Nummer eins: z. B. Metallherzeugung und -bearbeitung (83 Prozent nach zuvor 89 Prozent), Chemische Industrie (82 Prozent nach zuvor 91 Prozent), Glas-, Keramik und Steineverarbeitung (88 Prozent nach zuvor 92 Prozent). Das weiterhin hohe Niveau der Erzeugerpreise lassen auch die Nahrungs- und Futtermittelindustrie weiterhin sorgenvoll auf die Preisentwicklung bei Energie und Rohstoffen blicken (89 Prozent nach zuvor 93 Prozent). Die Thematik bleibt damit virulent.

Hohe Erzeugerpreise für Baumaterialien wie Stahl, Zement oder Bitumen machen den Bauunternehmen noch immer zu schaffen. Die Preise liegen noch immer über dem Vorkrisenniveau, wobei seit einigen Monaten eine Entspannung zu beobachten ist. Entsprechend sinkt der Anteil an Bauunternehmen, die Energie- und Rohstoffpreise als Geschäftsrisiko nennen von 79 Prozent auf 72 Prozent. Damit liegen Energie- und Rohstoffpreise als höchstes Geschäftsrisiko im Baugewerbe nur noch knapp vor dem Fachkräftemangel. Bei den Dienstleistern rutschen Energie- und Rohstoffpreise auf Rang zwei (58 Prozent nach zuvor 64 Prozent). Händler sehen in den Energie- und Rohstoffpreisen weiterhin das größte Geschäftsrisiko (66 Prozent nach zuvor 75 Prozent).

TOP-Geschäftsrisiken nach Sektoren

Anteil der Nennungen in Prozent; Mehrfachnennungen möglich, in Klammern Wert der Vorumfrage, **Allzeit hoch**

	Industrie	Bau	Handel	Dienstleistungen
1.	76% (85%) Energie- und Rohstoffpreise	72% (79%) Energie- und Rohstoffpreise	66% (75%) Energie- und Rohstoffpreise	62% (61%) Fachkräftemangel
2.	63% (61%) Fachkräftemangel	70% (72%) Fachkräftemangel	60% (60%) Inlandsnachfrage	58% (64%) Energie- und Rohstoffpreise
3.	56% (51%) Arbeitskosten	53% (50%) Arbeitskosten	53% (52%) Fachkräftemangel	52% (48%) Arbeitskosten
4.	50% (51%) Inlandsnachfrage	47% (50%) Inlandsnachfrage	51% (46%) Arbeitskosten	44% (41%) Wirtschaftspolitik
5.	42% (40%) Wirtschaftspolitik	39% (37%) Wirtschaftspolitik	43% (43%) Wirtschaftspolitik	40% (43%) Inlandsnachfrage

Die demografische Entwicklung sorgt dafür, dass selbst in konjunkturellen Schwächephasen der **Fachkräftemangel** hoch bleibt. Drei von fünf Unternehmen (62 Prozent nach zuvor 60 Prozent) geben Fachkräftemangel als Geschäftsrisiko an. Das ist ein Höchstwert, der lediglich im Herbst 2018 schon einmal erreicht worden ist. Damit ist der Fachkräftemangel bezogen auf alle Unternehmen das zweitgrößte Geschäftsrisiko. Angesichts der Alterung der Gesellschaft wird der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften eine der wesentlichen strukturellen Herausforderungen für die Unternehmen in Zukunft bleiben. Im Dienstleistungssektor wird der Fachkräftemangel mittlerweile wieder als häufigstes Risiko genannt und hat dabei das Risiko der Energie- und Rohstoffpreise überholt.

Fast zwei Drittel der Betriebe sehen darin eine wesentliche Herausforderung (63 Prozent nach zuvor 61 Prozent). Für die Industrie- und Bauunternehmen ist der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften das zweitdrängendste Thema. In der Industrie liegen die Nennungen mit 63 Prozent nach 61 Prozent auf einem neuen Höchststand. Trotz schwacher Baukonjunktur klagen sieben von zehn Unternehmen (70 Prozent nach zuvor 72 Prozent) über fehlende Fachkräfte. Im Handel steigt der Fachkräftemangel geringfügig von 52 Prozent auf 53 Prozent und liegt nur knapp unter dem Höchststand (54 Prozent).

Aufgrund der steigenden Kerninflationsrate und der damit verbundenen Sorge vor einer Preis-Lohn-Spirale sowie wegen des anhaltenden Fachkräftemangels nennen über die Hälfte der Unternehmen (53 Prozent nach zuvor 49 Prozent) **Arbeitskosten** als Geschäftsrisiko. Das ist ein neuer Höchststand in der Befragung der IHK-Konjunkturumfrage. Die sektoralen Unterschiede sind dabei gering. In allen vier Wirtschaftsbereichen ist mehr als jedes zweite Unternehmen über die Entwicklung der Arbeitskosten besorgt. Einige Dienstleistungsbranchen mit eher unterdurchschnittlichen Lohnniveaus, die während der Corona-Pandemie viel Personal verloren haben und nun einen hohen Arbeitskräftebedarf haben, benennen die Arbeitskosten besonders häufig als Risiko – etwa in der Sicherheitswirtschaft (65 Prozent nach zuvor 73 Prozent), in der Gastronomie (73 Prozent nach 68 Prozent) oder im Taxigewerbe (67 Prozent nach 68 Prozent).

Der Rückgang der Energiepreise, die zumindest einsetzende Normalisierung des internationalen Lieferverkehrs sowie auch das Ende der Corona Pandemie lassen die konjunkturellen Geschäftsrisiken langsam in den Hintergrund treten. Gleichwohl blieben die geopolitische Lage und die weitere Inflationsentwicklung ungewiss. Knapp der Hälfte der Unternehmen bereitet daher die **Inlandsnachfrage** Sorgen (46 Prozent nach zuvor 48 Prozent). Steigende Baukosten, vor allem Bauzinsen, Auftragsstornierungen und rückläufige Auftragseingänge sorgen dafür, dass überdurchschnittlich viele Bauunternehmen ein Risiko in einer schwächelnden Inlandsnachfrage sehen (47 Prozent nach zuvor 50 Prozent; langjähriger Schnitt bei 40 Prozent). Das gilt besonders für den Hochbau, der unter den eingebrochenen Neuaufträgen im Wohnungsbau leidet (57 Prozent nach 60 Prozent). Unverändert zum Jahresbeginn fürchten auch die Händler, dass die Inflation die Kaufkraft der Verbraucher und damit die Konsumlaune verringert (gleichbleibend 60 Prozent; langjähriger Schnitt 56 Prozent). Im Dienstleistungssektor und in der Industrie liegt das Risiko der Inlandsnachfrage hingegen auf einem durchschnittlichen Niveau (40 Prozent nach zuvor 43 Prozent bzw. 50 Prozent nach zuvor 51 Prozent).

Trotz eines weltweit gebremsten Wachstums und zuletzt deutlich gefallener Neuaufträge aus dem Ausland hält sich die Sorge vor einer rückläufigen **Auslandsnachfrage** bei exportierenden Industrieunternehmen in Grenzen. Aufgrund der Entspannung der internationalen Lieferketten nennen mit 33 Prozent (nach zuvor 33 Prozent) nur unterdurchschnittlich viele Unternehmen die Auslandsnachfrage als Geschäftsrisiko (langjähriger Schnitt bei 39 Prozent).

Die Reaktionen der Zentralbanken in wichtigen Währungsräumen und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Wechselkurse, haben zu einer Entspannung beim **Wechselkursrisiko** geführt. Nur fünf Prozent der Unternehmen sehen ernstzunehmende Wechselkursrisiken für ihr Geschäft. Das liegt deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt von 13 Prozent.

Von den Unternehmen am häufigsten genannte Stichwörter bei der Beschreibung der wirtschaftlichen Risiken (Auswertung von rd. 4.000 Freitextantworten)

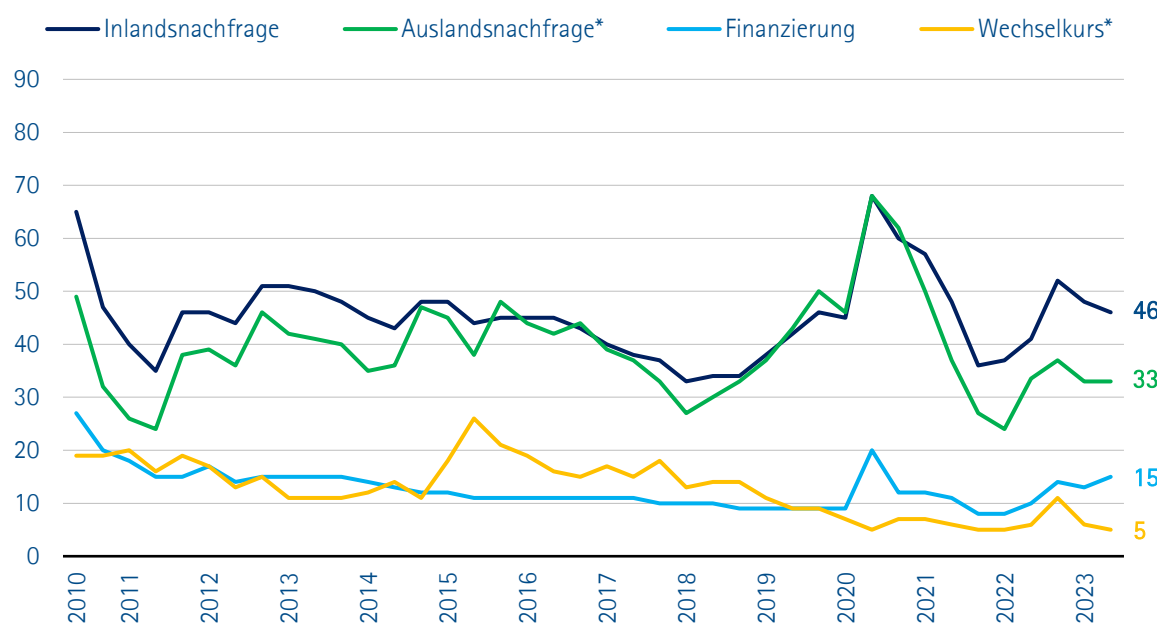
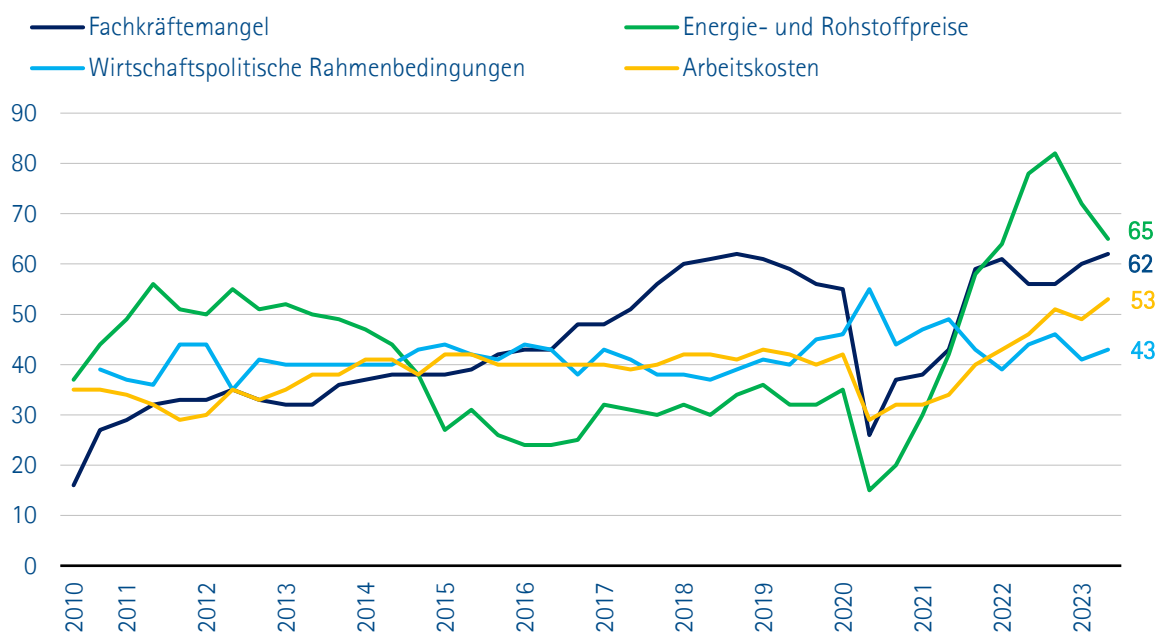


Knapp die Hälfte der Unternehmen (43 Prozent nach zuvor 41 Prozent) nennen **Wirtschaftlichen Rahmenbedingungen** als Geschäftsrisiko. Mit Abstand am häufigsten genannte wird dabei Bürokratie, weitere wirtschaftspolitische Risiken sehen die Unternehmen in Energie, Inflation, Krieg und Steuern.

Mit dem im Zuge der Inflationsbekämpfung steigenden Zinsniveau nennen nun auch etwas mehr Unternehmen den Zugang zu Finanzierung als Risikofaktor für die Geschäfte in den kommenden zwölf Monaten als noch zu vor einem Jahr (15 Prozent nach 13 Prozent zu Jahresbeginn und 10 Prozent im Frühsommer 2022). Besonders betroffen sind wegen hoher Bauzinsen Unternehmen aus der Immobilienwirtschaft und aus dem Hochbau (33 Prozent nach 38 Prozent bzw. 39 Prozent nach 38 Prozent) sowie auch Energieversorger (gleichbleibend 32 Prozent), aber noch einmal stärker die Immobilienwirtschaft (39 Prozent nach zuvor 38 Prozent).

Geschäftsrisiken für die Gesamtwirtschaft

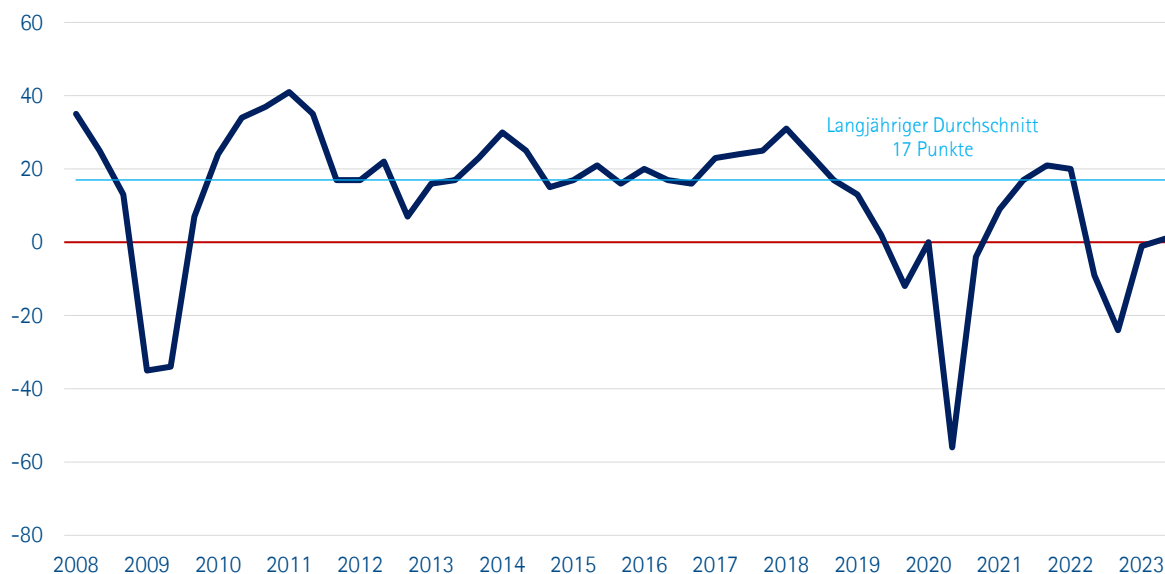
Anteil der Nennungen in Prozent; Mehrfachnennungen möglich; *Export-Industrie



Exporterwartungen der Industrieunternehmen für die kommenden 12 Monate

Im Frühsommer ist weiterhin wenig Dynamik im Exportgeschäft erkennbar. Geopolitische Risiken, die weiterhin hohen Inflationsraten sowie die restriktive Geldpolitik und temporär aufflammende Nervositäten an den globalen Finanzmärkten belasten die weltwirtschaftliche Entwicklung. Trotz Ende der Null-Covid-Politik in China und der damit verbundenen Stabilisierung der internationalen Lieferketten, gehen von dort keine großen Impulse für die deutsche Wirtschaft aus. Die Exporte nach China waren zuletzt sogar rückläufig. Weltweit dämpft die restriktive Geldpolitik der Zentralbanken zudem die Wirtschaft, das gilt insbesondere auch in der Eurozone und in Deutschlands wichtigstem Exportmarkt, den USA. Die international aktiven deutschen Unternehmen bewegen sich in einem herausfordernden globalen Umfeld – nicht zuletzt aufgrund des hohen Preisniveaus von Energieträgern, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Waren „Made in Germany“ belasten.

Exporterwartungen der Industrieunternehmen – Saldo in Punkten



Saldo aus höher-Meldungen minus geringer-Meldungen in Punkten

Vor dem Hintergrund des unsicheren weltwirtschaftlichen Umfelds bewegen sich die Exporterwartungen der Industrieunternehmen kaum vom Fleck. Unternehmen mit besseren und schlechteren Erwartungen halten sich knapp die Waage. Während zu Jahresbeginn noch die Pessimisten leicht in der Überzahl waren, sind es nun die Optimisten. Im Frühsommer erwartet – gleichbleibend zum Jahresbeginn – knapp ein Viertel der Unternehmen (23 Prozent) einen höheren Exportumsatz in den kommenden zwölf Monaten, während 22 Prozent (Jahresbeginn: 24 Prozent) von sinkenden Ausfuhren ausgehen. Das Gros der Unternehmen (55 Prozent) erwartet ausgehend vom aktuellen Auslandsgeschäft keine Veränderung. Der Saldo aus höheren und geringeren Exporterwartungen steigt von minus ein Punkt auf plus einen Punkt. Somit sind die Erwartungen noch immer weit vom langjährigen Schnitt von 17 Saldopunkten entfernt.

Auch bei den Geschäftsrisiken der exportierenden Industrieunternehmen ist keine Bewegung zu erkennen. Gleichbleibend zum Jahresbeginn stellt die Auslandsnachfrage für ein Drittel der Unternehmen ein Geschäftsrisiko dar. In Wechselkursschwankungen, die zu Planungsunsicherheit bei der Abwicklung internationaler Geschäfte führen, sehen fünf Prozent (Jahresbeginn: sechs Prozent) ein Geschäftsrisiko. Laut [AHK World Business Outlook Frühjahr 2023](#) sehen insbesondere die Unternehmen in China und in der EU Nachfragerisiken.

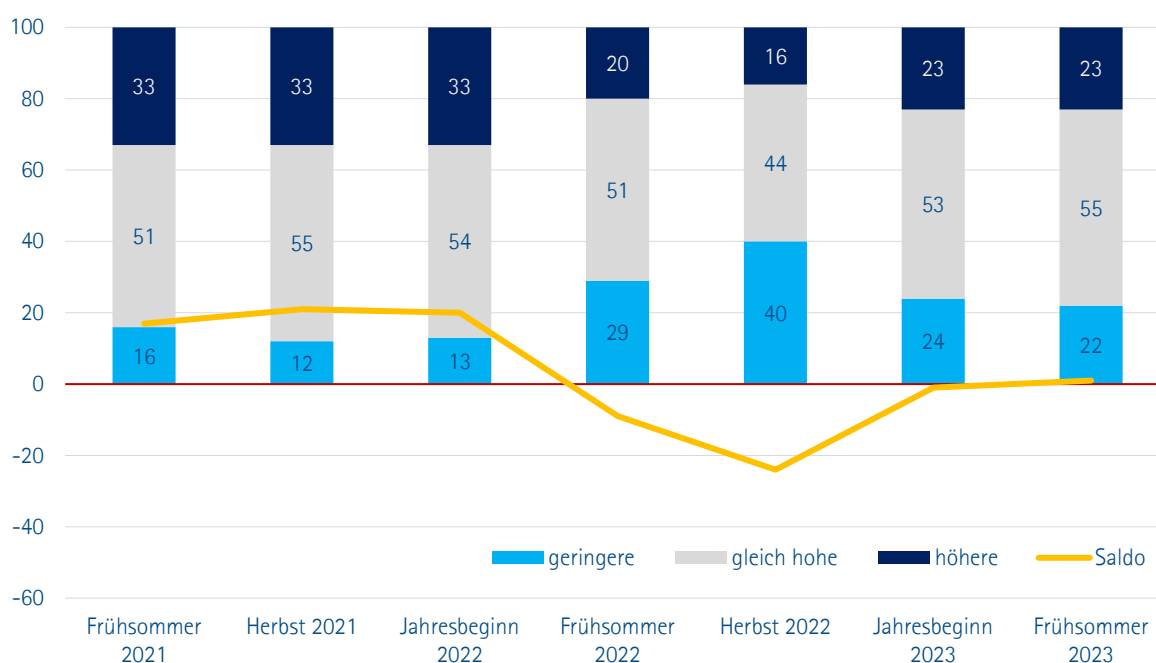
Die minimal verbesserten Exporterwartungen der Industrie insgesamt sind auf die Vorleistungsgüterproduzenten und die Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten zurückzuführen, die sich jeweils etwas zuversichtlicher hinsichtlich ihres Auslandsgeschäfts als noch zu Jahresbeginn zeigen. Die Erwartungen der Investitionsgüterproduzenten sind insgesamt

zwar optimistischer als die der anderen industriellen Hauptgruppen, sie sinken im Vergleich zur Vorumfrage allerdings leicht.

Die **Investitionsgüterproduzenten** haben überwiegend positive Exporterwartungen. Die Betriebe können von der einsetzenden Stabilisierung der Lieferketten profitieren und die bestehenden Aufträge abarbeiten. Das unsichere Umfeld der Weltwirtschaft dämpft allerdings die Erwartungen im Vergleich zur Vorumfrage leicht. 29 Prozent erwarten ein besseres Exportgeschäft in den kommenden Monaten, 19 Prozent gehen von sinkenden Ausfuhren aus. Der Saldo aus höheren und geringeren Exporterwartungen sinkt im Vergleich zur Vorumfrage geringfügig von elf auf zehn Punkte und liegt damit ein gutes Stück unter dem langjährigen Durchschnitt von 20 Punkten. Etwas pessimistischer als zu Jahresbeginn zeigen sich die Maschinenbauer: 28 Prozent der Unternehmen erwarten höhere Ausfuhren, 21 Prozent geringere (Saldo sieben Punkte nach zuvor zehn Punkten). Bei den Kraftfahrzeugbauer erwarten 21 Prozent, dass sich ihre Ausfuhren steigern, und 13 Prozent, dass sie sinken. Der Saldo liegt mit acht Punkten ebenfalls unter dem Niveau der Vorumfrage und des langjährigen Schnitts von jeweils 13 Punkten. 29 Prozent der exportierenden Elektrotechniker erwarten ein Exportwachstum für ihr Unternehmen, während 16 Prozent mit sinkenden Ausfuhren rechnen. Der Saldo aus höheren und geringeren Exporterwartungen sinkt von 15 auf 13 Punkte – dies entspricht lediglich der Hälfte des langjährigen Durchschnitts von 26 Punkten.

Vorleistungsgüterproduzenten blicken zwar etwas zuversichtlicher als in der Vorumfrage, aber noch nicht optimistisch auf ihr Auslandsgeschäft. Für die häufig energieintensiven Betriebe ist das geringere Preisniveau für Strom und Gas zwar ein positiver Impuls, im internationalen Vergleich sind die Energiekosten allerdings weiterhin auf hohem Niveau. 19 Prozent der Unternehmen erwarten steigende Exporte, 24 Prozent nehmen ein geringeres Exportwachstum an. Somit verbessert sich der Saldo von minus acht auf minus fünf Punkte, ist damit aber noch deutlich unter dem Durchschnitt für diese industrielle Hauptgruppe von 14 Punkten. Unter den Metallerzeugung und -bearbeitungsbetrieben überwiegen die Pessimisten noch deutlicher: 28 Prozent der Unternehmen erwarten schlechtere Exportgeschäfte, lediglich neun Prozent bessere. Der Saldo steigt von minus 21 auf minus 19 Punkte. In der Gummi- und Kunststoffindustrie verharren die Exporterwartungen noch immer im negativen Saldobereich, wenn auch nur leicht: 20 Prozent mit höheren Exporterwartungen stehen 21 Prozent mit geringeren gegenüber. Der Saldo steigt von minus elf Punkten auf aktuell minus einen Punkt. Auch in dieser Branche liegen die Erwartungen noch deutlich unter dem Durchschnitt von 14 Punkten.

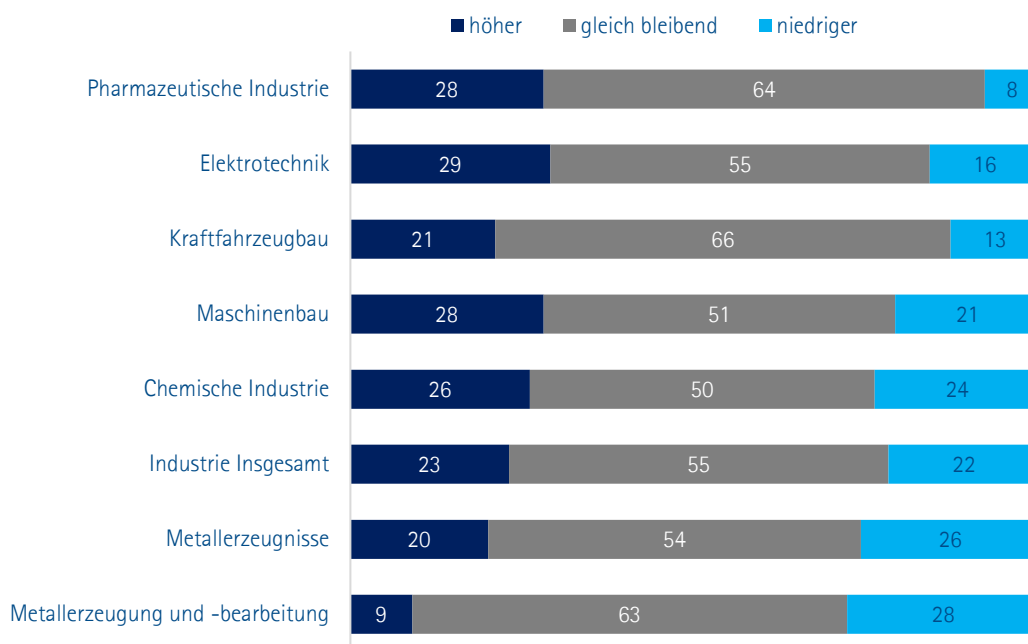
Exportserwartungen der Industrieunternehmen – Anteile in Prozent, Saldo in Punkten



Auch die **Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten** heben ihre Exporterwartungen an – trotz weiterhin hoher Inflationsraten und Konsumzurückhaltung. 21 Prozent der Unternehmen rechnen mit einem Anstieg ihrer Exporte, 19 Prozent mit einer Verringerung in den kommenden zwölf Monaten. 60 Prozent erwarten gleichbleibende Exportumsätze. Der Saldo steigt von minus vier Punkten auf zwei Punkte. Erstmals seit Jahresbeginn 2022 haben die Unternehmen damit wieder überwiegend positive Erwartungen für ihr Auslandsgeschäft. Der langjährige Schnitt liegt mit 19 Punkten jedoch weit darüber. Unter den im Ernährungsgewerbe tätigen Unternehmen überwiegen die Unternehmen mit höheren Exporterwartungen, da sich die zuletzt rückläufigen Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte positiv auswirken: 24 Prozent haben positive Erwartungen, 19 Prozent negative. Der Saldo steigt von minus sechs Punkten in der Vorumfrage auf aktuell fünf Punkte. Noch überwiegend pessimistisch zeigen sich die Ausfuhrerwartungen im Textil-, Leder- und Bekleidungs-gewerbe: Hier stehen 17 Prozent der Unternehmen mit positiven Erwartungen 22 Prozent mit negativen Erwartungen gegenüber (Saldo minus fünf Punkte nach zuvor minus zehn Punkten). Etwas zuversichtlicher als in der Vorumfrage blickt die Pharmaindustrie auf ihr Auslandsgeschäft: 28 Prozent erwarten steigende Ausfuhren und lediglich acht Prozent sinkende. Der Saldo steigt von 19 Punkten auf aktuell 20 Punkte.

Exportserwartungen für die kommenden 12 Monate in ausgewählten Branchen

Anteile in Prozent



Investitionsabsichten der Unternehmen für die kommenden 12 Monate

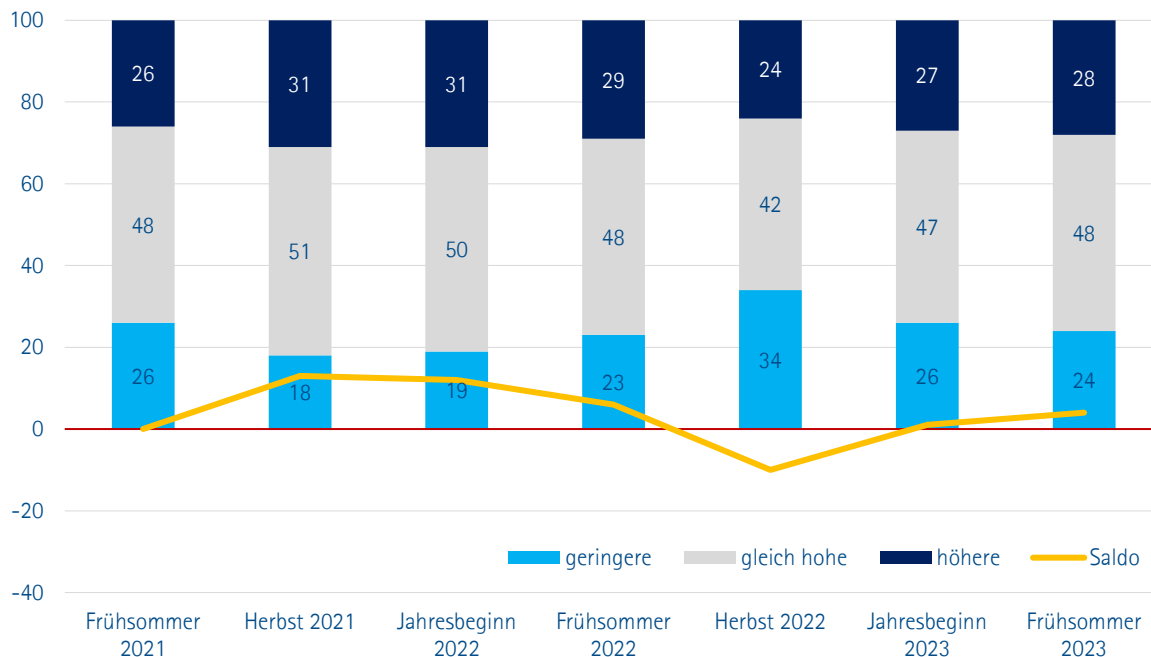
Das insgesamt schwierige wirtschaftliche Umfeld – eine schleppende Weltkonjunktur, hohe Energiepreise, wachsende Arbeitskosten und gestiegene Zinsen – sorgt für ein durchwachsenes Investitionsklima. Die Unsicherheit ist weiterhin hoch. Folglich bleiben die Unternehmen in ihren Investitionsabsichten zögerlich.

Sinnbildlich für die statische Lage ist, dass 48 Prozent (nach zuvor 47 Prozent) der Unternehmen in den kommenden zwölf Monaten keine Änderung ihres Investitionsvolumens planen. Gleichzeitig gibt fast ein Viertel der Unternehmen (24 Prozent) an, ihre Investitionen verringern zu wollen. Das ist nur geringfügig weniger als in der Vorumfrage (26 Prozent). Insbesondere Unternehmen, die ihre Finanzierung von der gegenwärtigen Zinshöhe beeinträchtigt sehen, wollen ihre Investitionsbudget häufiger reduzieren (36 Prozent). Währenddessen planen mit 28 Prozent (nach zuvor 27 Prozent) nur unwesentlich mehr Unternehmen in den kommenden zwölf Monaten steigende Investitionen. Der Saldo der Investitionsabsichten steigt nur leicht um drei auf vier Punkte und erreicht damit knapp den langjährigen Durchschnitt. Das ist insofern bedenklich, da die Ausrüstungsinvestitionen auch drei Jahre nach Ausbruch der Corona-Pandemie das Vorkrisenniveau noch nicht erreicht haben. Für ein schnelles Schließen der Investitionslücke wären überdurchschnittliche Investitionsabsichten notwendig. Das verhaltene Investitionsklima am Standort Deutschland zeigt sich auch an den Investitionsmotiven der Unternehmen. Gerade Investitionen in Produktinnovationen und Kapazitätsausweitungen sind rückläufig. Vielmehr konzentrieren sich die Investitionsabsichten der Unternehmen auf die Substanzerhaltung. Beispielsweise durch Investitionen in Energieeinsparung und die Umsetzung zunehmender gesetzlicher Anforderungen im Rahmen des Umweltschutzes sowie der Sicherstellung von Ersatzbedarfen.

Die etwas zuversichtlicheren Geschäftserwartungen der **Industrie** spiegeln sich auch in leicht optimistischeren Investitionsabsichten wider. Der Anteil der Industriebetriebe, die planen ihre Investitionsbudgets zu kürzen, sinkt leicht von 27 Prozent auf 24 Prozent. Allerdings sind es immer noch nur knapp ein Drittel (31 Prozent nach zuvor 30 Prozent), die in den kommenden zwölf Monaten zusätzliche Investitionen planen. In Summe steigt somit der Saldo der Investitionsabsichten um vier auf sieben Punkte und erreicht somit den langjährigen Durchschnittswert. Von den drei industriellen Hauptgruppen haben die Investitionsgüterhersteller die besten Geschäfts- und Exporterwartungen. Entsprechend sind die Investitionsabsichten überwiegend positiv. Der Saldo steigt um zwei auf zehn Punkte. Die Unternehmen im Maschinenbau planen dabei expansiver (Saldo von elf nach zuvor sieben Punkten) als beispielsweise die Kraftfahrzeugbauer, die ihre Investitionspläne im Inland wieder herunterschrauben (Saldo von vier nach zuvor 13 Punkten). Bei den Herstellern von Vorleistungsgütern sowie von Ge- und Verbrauchsgütern bleibt das Investitionsklima hingegen durchwachsen (Vorleister: Saldo von zwei nach zuvor minus einem Punkt; Ge- und Verbrauchsgüterhersteller; Saldo von minus einem nach zuvor minus drei Punkten). Angesichts der derzeit trüben Geschäftslage und -erwartungen bleiben auch die Investitionspläne in der Chemischen Industrie (Saldo von einem nach zuvor minus ein Punkt) deutlich unter dem langjährigen Schnitt (elf Punkte). Besonders heraus stechen die Investitionsabsichten der Energiewirtschaft. Vor dem Hintergrund sehr ambitionierter Ausbauziele für erneuerbare Energien, den zukünftigen Bedarf an wasserstofffähigen Kraftwerkskapazitäten und den ansteigenden Investitionen in die Netzinfrastruktur, steigt der ohnehin schon hohe Saldo der Investitionsabsichten nochmals von 41 auf 45 Punkte.

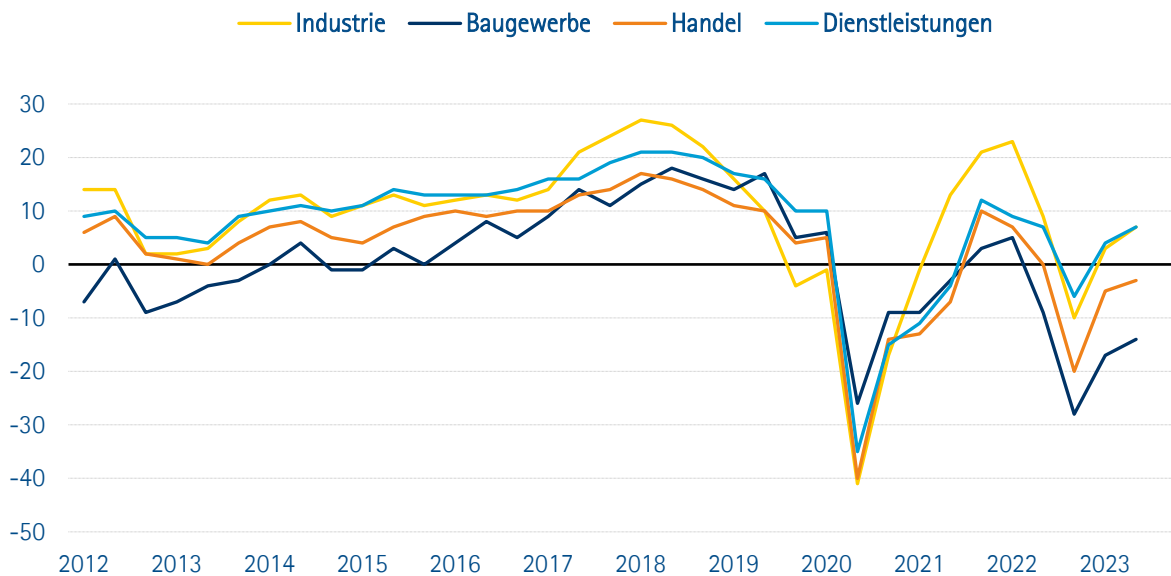
Die Unternehmen im **Baugewerbe** rechnen mit einer Baurezession. Ein niedriger Auftragseingang aufgrund hoher Finanzierungszinsen und hoher Baukosten lassen die Baukonjunktur einbrechen. Das lässt auch die geplanten Investitionen im Bau auf einen niedrigen Niveau verharren. Lediglich 17 Prozent (nach zuvor 15 Prozent) der Unternehmen im Baugewerbe beabsichtigen, ihre Investitionen anzuheben. Knapp ein Drittel (31 Prozent nach zuvor 32 Prozent) muss hingegen sein Investitionsbudget kürzen. In der Folge kann das Baugewerbe die erheblichen Einbrüche in den Investitionsabsichten zum Jahreswechsel nicht ausgleichen. Der Saldo der Investitionsabsichten sinkt lediglich um drei auf minus 14 Punkte – hinter Handel, Dienstleistungen und Industrie.

Investitionsabsichten der Unternehmen – Anteile in Prozent, Saldo in Punkten



Die anhaltend hohe Inflation und Furcht vor Konsumeinschränkung seitens der Kunden trübt weiterhin die Stimmung im **Handel** und belastet die Investitionspläne der Branche. Dementsprechend plant knapp ein Drittel (29 Prozent nach zuvor 30 Prozent) der Unternehmen in den nächsten 12 Monaten Investitionsstreichungen vorzunehmen. Mit einer Ausweitung ihrer Investitionen rechnen hingegen nur ein Viertel der Händler (26 Prozent nach zuvor 25 Prozent). Insgesamt bleibt der Saldo der Investitionsabsichten im Handel im Vergleich zum Jahresbeginn mit minus drei Punkten auf einem unterdurchschnittlichen Niveau (langjähriger Durchschnitt bei minus einem Punkt).

Investitionsabsichten der Unternehmen – Saldo in Punkten



Saldo aus höher- und geringer-Bewertungen

Die Stimmung im **Dienstleistungssektor** hat sich zur Vorumfrage etwas verbessert, besonders die Geschäftserwartungen sind weniger trübe als noch zuvor. Das wirkt sich jedoch nur bedingt auf den Saldo der Investitionsabsichten aus. Über ein Viertel der Unternehmen (29 Prozent nach zuvor 27 Prozent) plant mit einer Erhöhung der Investitionsbudgets. Weiterhin wollen 22 Prozent der Unternehmen Kürzungen vornehmen. In Summe steigt der Saldo minimal um drei auf sieben Punkte an.

Die schleppende Konjunktur verdeutlicht sich bei den **Investitionsmotiven**. Während die in die Zukunft gerichteten Investitionen für Kapazitätsausweitung und Produktinnovationen als Motiv abnehmen, steigen die Investitionen in Ersatzbedarf und Umweltschutz. Folglich bleibt die Substanzerhaltung inmitten der unsicheren Geschäftserwartungen das oberste Gebot bei den Unternehmen.

Ersatzbedarf bleibt das am häufigsten genannte Investitionsmotiv (66 Prozent nach zuvor 65 Prozent). Unverändert zum Jahresbeginn befinden sich die Investitionen zur **Rationalisierung** mit 31 Prozent an zweiter Stelle. Die **Kapazitätserweiterung** sinkt wieder auf 22 Prozent und damit deutlich unter den langjährigen Durchschnittswert von 27 Prozent ab. Auch das Motiv der **Produktinnovation** fällt nach einer leichten Erholung im Frühjahr wieder auf bezogen auf die Gesamtwirtschaft auf 27 Prozent ab. In der Industrie fällt dieses Motiv auf 30 Prozent und liegt damit nur noch einen Prozentpunkt über dem Tiefstwert vom vergangenen Herbst. Trotz der insgesamt verhaltenen Investitionsklimas nehmen die Unternehmen das Thema Umweltschutz ernster denn je. Das Investitionsmotiv des **Umweltschutzes** bleibt wie zu Jahresbeginn auf ein dem Allzeithoch und wird von 29 Prozent der Unternehmen genannt. Dies gilt insbesondere für die Industrie, wo fast zwei von fünf Betrieben (37 Prozent) den Umweltschutz als Motiv nennen.

Hauptmotive für Investitionen im Inland

(in Prozent; Mehrfachantworten sind möglich, in Klammern Wert der Vorumfrage)

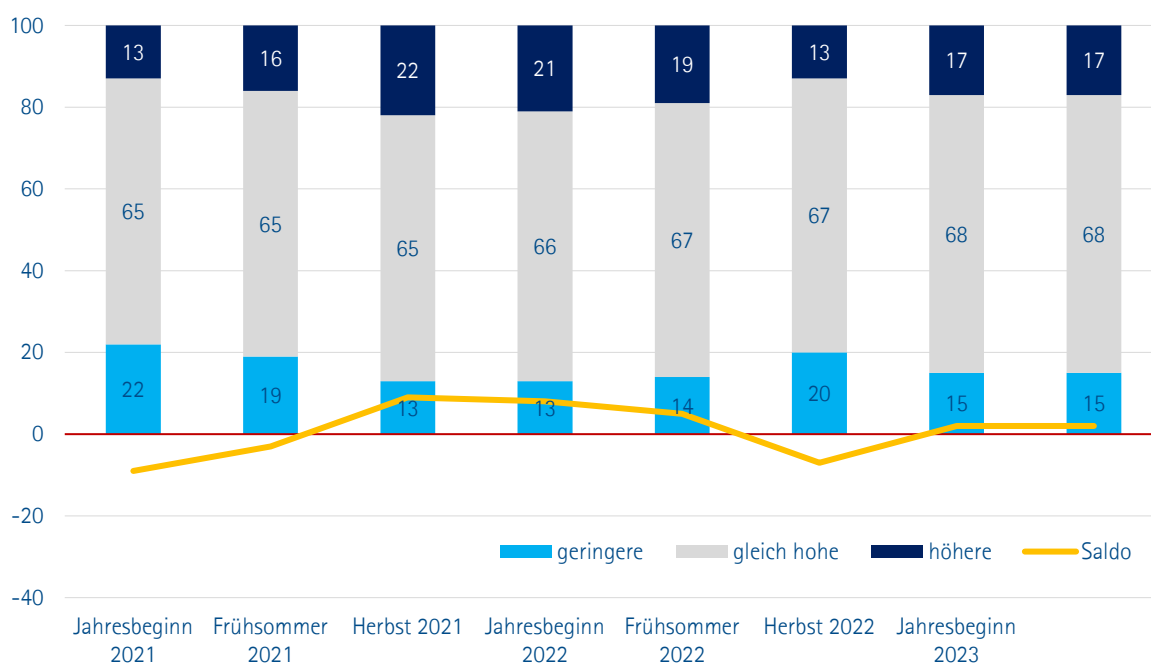
	Rationalisierung	Produktinnovation	Kapazitätsausweitung	Umweltschutz	Ersatzbedarf
Alle Branchen	31 (31)	27 (28)	22 (23)	29 (29)	66 (65)
Industrie	42 (41)	30 (31)	29 (28)	37 (37)	64 (65)
Baugewerbe	21 (24)	16 (18)	17 (16)	23 (23)	80 (79)
Handel	28 (31)	24 (24)	22 (21)	26 (25)	64 (64)
Dienstleistungen	27 (27)	28 (29)	20 (21)	26 (26)	65 (64)

Beschäftigungsabsichten der Unternehmen für die kommenden 12 Monate

Die Beschäftigungsabsichten der Unternehmen bleiben weiterhin positiv. Wie in der Vorumfrage planen 17 Prozent mit mehr Personal, 15 Prozent gehen von einer Reduzierung aus. Der resultierende Saldo bleibt mit zwei Punkten unverändert und liegt geringfügig über dem langjährigen Durchschnitt von null Punkten. Fachkräftemangel und hohe Arbeitskosten – beide Risiken liegen aus Sicht der Unternehmen aktuell auf Rekordniveau – können die Umsetzung der Pläne und damit den Beschäftigungsaufbau insgesamt allerdings erschweren. Trotz der weiter großen wirtschaftlichen Herausforderungen und Unsicherheiten zeigt sich der Arbeitsmarkt robust.

Unterschiede bei den Beschäftigungsplänen zeigen sich auch hinsichtlich der Unternehmensgröße. So liegt der Saldowert bei den kleinen Unternehmen mit weniger als zehn Mitarbeitenden mit minus drei Punkten im negativen Bereich. Bei Mittelständlern mit 20 bis 199 Beschäftigten beträgt der Wert vier Punkte und bei den Großunternehmen mit 1.000 und mehr Mitarbeitenden sind es elf Punkte.

Beschäftigungsabsichten der Unternehmen – Anteile in Prozent, Saldo in Punkten



Nachdem die Beschäftigungspläne in der **Industrie** in der Vorumfrage deutlich gestiegen waren (Saldo von minus sieben auf vier Punkte gestiegen), zeigt sich aktuell ein leichter Rückgang auf zwei Saldopunkte. Deutlich expansiv sind die Pläne bei den Spitzentechnologieherstellern (20 Saldopunkte nach zuvor 21 Punkte), im Bereich Elektrotechnik (18 Saldopunkte nach zuvor 21 Punkte), sowie bei den Produzenten von Datenverarbeitungsgeräten, elektrischen und optischen Erzeugnissen (22 Saldopunkte nach zuvor 21 Punkte). Etwas weniger expansiv aber immer noch positiv sind die Beschäftigungsabsichten in den Bereichen elektrische Ausrüstung (13 Saldopunkte nach zuvor 12 Punkte) sowie dem Maschinenbau (14 Saldopunkte nach zuvor 17 Punkte). Die Digitalisierung und Elektrifizierung von Wirtschaft und Gesellschaft schlagen sich somit auch in den davon betroffenen Industriebranchen bei der Personalsuche nieder.

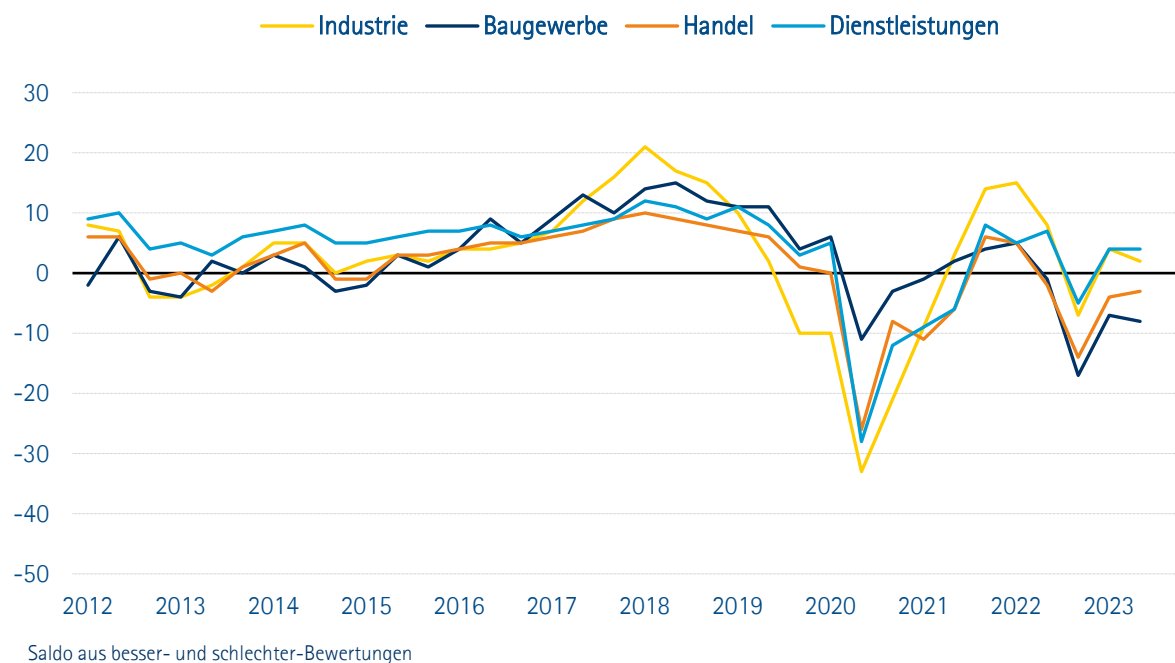
Die getrübe Stimmung bei den Vorleistungsgüterherstellern spiegelt sich in deren Beschäftigungsplänen wider. Der Saldo der Beschäftigungsabsichten sinkt in den negativen Bereich (Saldo von minus drei nach zuvor null Punkten). Mit weniger Personal rechnen insbesondere energieintensive Unternehmen z.B. in der Papierindustrie (gleichbleibend minus zwölf Punkte) sowie bei Glas, Keramik, Steineverarbeitung (Saldo von minus zwölf nach zuvor minus drei Punkten), aber auch im Bereich Gewinnung von Steinen und Erden, Bergbau (Saldo von minus

elf nach zuvor minus neun Punkte). Nur leicht unter dem Durchschnitt liegen die Beschäftigungsabsichten in der Chemischen Industrie (Saldo von null nach zuvor minus ein Punkt; Durchschnitt: zwei Punkte).

Die nach wie trüben Geschäftserwartungen im **Baugewerbe** machen sich auch in den Beschäftigungsplänen dieser Unternehmen bemerkbar. Der Saldo ist mit minus acht Punkten geringer als in den anderen Wirtschaftszweigen und hat sich im Vergleich zur Vorumfrage etwas verringert (um einen Punkt). Gestiegene Baukosten und steigende Zinsen drücken insgesamt die Nachfrage, was die Einstellungspläne der Betriebe ausbremst, die zudem weiterhin stark vom Fachkräftemangel betroffen sind (70 Prozent). Während sich die Absichten im Hochbau und im Ausbaugewerbe gegenüber Jahresbeginn 2023 nicht verändert bzw. verschlechtert haben und bei minus 13 bzw. minus fünf Saldopunkte liegen, ist dieser Wert im Tiefbau von minus zehn recht deutlich auf plus einen Punkt gestiegen und deutet dort auf ein Beschäftigungsplus hin. Nicht zuletzt die Aussicht auf staatliche Infrastrukturprojekte kann hierfür eine Ursache sein.

Die Einstellungsabsichten im **Handel** bleiben nahezu unverändert. Der Saldo liegt bei minus drei Punkten (nach zuvor minus vier Punkte) und deutet damit auf wenig Bewegung bei der Beschäftigung hin. Die infolge der Inflation entstehende Kaufzurückhaltung der Kunden wirkt sich auf die Pläne der Einzelhändler sowie der Kfz-Händler aus (jeweils minus sechs Saldopunkte). Bei Großhandel und Handelsvermittlung, die stärker im internationalen Geschäft involviert sind, zeigen sich die Pläne dagegen etwas expansiver (ein Saldopunkt).

Beschäftigungsabsichten der Unternehmen – Saldo in Punkten



Zusätzliche Beschäftigung steht bei den **Dienstleistern** auf der Agenda, wenn auch auf eher geringem Niveau. Unverändert zur Vorumfrage wollen 18 Prozent ihren Personalbestand ausweiten, gleichbleibend 14 Prozent gehen von einem Abbau aus. Der Saldo bleibt bei vier Punkten und ist der höchste beim Vergleich der Wirtschaftszweige. Der Blick in die einzelnen Dienstleistungsbranchen zeigt deutliche Unterschiede in diesem heterogenen Wirtschaftszweig.

So sind bei den Informations- und IT-Dienstleistern die Beschäftigungsabsichten grundsätzlich deutlich höher als bei den Dienstleistern insgesamt. Allerdings liegen die Salden der Beschäftigungspläne sowohl bei den IT-Dienstleistern (29 Saldopunkte nach zuvor 27 Punkte), als auch bei den Informationsdienstleistern (21 Saldopunkte nach zuvor 17 Punkte) nur geringfügig über dem langjährigen Durchschnitt (28 Punkte bzw. 22 Punkte). Auch hier stößt eine hohe Nachfrage nach IT-Fachkräften im Zuge der Digitalisierung auf einen Mangel an verfügbarem Fachpersonal. Auch Rechts- und Steuerberater sowie Wirtschaftsprüfer (28 Saldopunkte nach zuvor 22

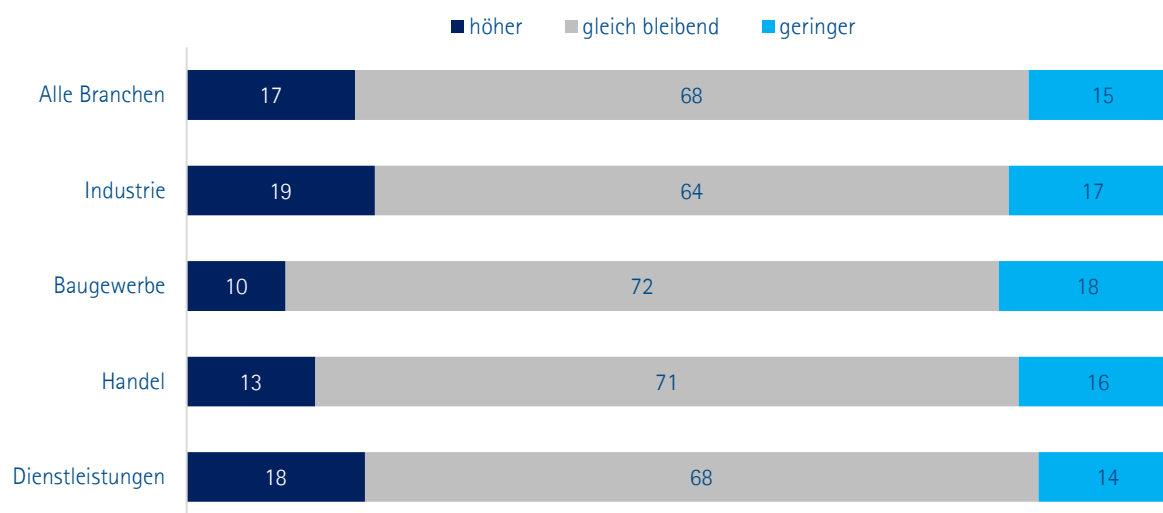
Punkte) wollen ihren Personalstand ebenso erweitern wie Messe-, Ausstellungs- und Kongressveranstalter (24 Saldopunkte nach zuvor 22 Punkte) – gerade bei letztgenannten dürften noch Aufholprozesse nach der Coronakrise eine Rolle spielen, der Wert liegt deutlich über dem langjährigen Schnitt von nur acht Punkten).

Die Gesundheits- und Sozialdienstleister planen ebenfalls mit einem Beschäftigungsplus (zehn Saldopunkte), nicht zuletzt die demografische Entwicklung lässt die Nachfrage nach deren Angeboten steigen. Der Fachkräftemangel dürfte jedoch gerade hier die Umsetzung der Pläne erschweren – mit 82 Prozent ist der Anteil der Unternehmen, für die dieser Mangel ein Geschäftsrisiko ist, noch einmal deutlich höher als in vielen anderen Branchen.

Mit unter dem Strich weniger Mitarbeitenden in den kommenden zwölf Monaten rechnen u.a. das Kreditgewerbe (minus 13 Saldopunkte) sowie der Straßengüterverkehr (minus zehn Saldopunkte). Während bei ersterem das derzeit schwierige wirtschaftliche Umfeld mit hohem Zinsniveau Einfluss haben dürfte, gilt dies bei letzterem für den Fachkräftemangel – drei Viertel der Betriebe des Straßengüterverkehrs sehen hierin ein Geschäftsrisiko – sowie für die nach wie vor hohen Kraftstoffpreise.

Beschäftigungsabsichten in den kommenden 12 Monaten nach Sektoren

Anteile in Prozent



DIHK-Prognose für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Deutschland
Veränderung gegenüber Vorjahr, in Prozent, preisbereinigt, verkettet

	2021	2022	DIHK-Prognose 2023
BIP	2,6%	1,8%	0,0%
Private Konsumausgaben	0,4%	4,3%	0,5%
Konsumausgaben des Staates	3,8%	1,2%	0,0%
Bruttoanlageinvestitionen	1,2%	0,4%	-1,8%
– Ausrüstungen	3,5%	3,3%	1,0%
– sonstige Anlagen	1,0%	2,1%	2,0%
– Bauten	0,0%	-1,7%	-4,5%
Export (Waren und Dienstleistungen)	9,7%	2,9%	1,0%
Import (Waren und Dienstleistungen)	9,0%	6,0%	0,5%
Erwerbstätige (Veränderung in Tausend)	+65	+590	+100
Verbraucherpreise	3,1%	6,9%	6,0%